

## **27. Sitzung**

am Dienstag, dem 25. September 2001

---

### **Inhalt**

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ..... 1239

#### **Fragestunde**

**1. Zukunft der Hohentorsheerstraße**

Anfrage der Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU  
vom 29. August 2001 ..... 1239

**2. Fuß- und Radwege in den Wallanlagen**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU  
vom 11. September 2001 ..... 1240

**3. Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage**

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der  
CDU vom 11. September 2001 ..... 1241

**4. Ausleuchtung der Bauwerke in der Bremer Innenstadt bei Nacht**

Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU  
vom 13. September 2001 ..... 1242

**5. Rückbau der Poller an der Oslebshäuser Heerstraße**

Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU  
vom 17. September 2001 ..... 1243

**6. Nutzung der Hafенrandstraße**

Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU  
vom 17. September 2001 ..... 1244

**7. Koordinierungsstelle der Jugendgerichtshilfe im Amtsgericht**

Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD  
vom 17. September 2001 ..... 1244

<b>8. Beirätebeteiligung beim Ausbau von Straßen und bei der Einrichtung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen</b>	
Anfrage der Abgeordneten Kasten diek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 18. September 2001 .....	1245
<b>Aktuelle Stunde</b> .....	1245
<b>Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002 und 2003</b>	
Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/350 S)	
<b>Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2001</b>	
Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/351 S) .....	1245
<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 4. September 2001</b>	
(Drucksache 15/356 S) .....	1246
<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 33 vom 18. September 2001</b>	
(Drucksache 15/366 S) .....	1246
<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001</b>	
<b>1. Änderung (ehemals 85. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983) - Stadtbezirke West, Süd und Ost - Teile A - F (Windkraftanlagen)</b>	
Mitteilung des Senats vom 4. September 2001 (Drucksache 15/357 S) .....	1246
<b>Aktive Bürgerstadt Bremen</b>	
Mitteilung des Senats vom 4. September 2001 (Drucksache 15/358 S)	
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) .....	1247
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1249
Abg. Pietrzok (SPD) .....	1252
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) .....	1253
Staatsrat Dr. Knigge .....	1255

**Bremer Straßenbahn AG**

**Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG**

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001

(Drucksache 15/359 S)

Senatorin Wischer .....	1257
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) .....	1259
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1260
Abg. Pflugradt (CDU) .....	1262

**Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt und Ernährung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. September 2001

(Drucksache 15/361 S)

**Kinder und Jugendliche schützen - Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 24. September 2001

(Drucksache 15/368 S)

**Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Ernährung und Bewegung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 25. September 2001

(Drucksache 15/369 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1264
Abg. Frau Dreyer (CDU) .....	1266
Abg. Frau Hammerström (SPD) .....	1267
Staatsrat Dr. Knigge .....	1268
Abstimmung .....	1270

**Zukunft der Städtepartnerschaften**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

vom 11. September 2001

(Drucksache 15/362 S)

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1270
Abg. Nalazek (SPD) .....	1271
Abg. Neumeyer (CDU) .....	1272
Bürgermeister Dr. Scherf .....	1275
Abstimmung .....	1276

**Entwicklung des Viertels im Bereich der Straßenzüge Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 17. September 2001  
(Drucksache 15/364 S)

Abg. Pflugradt (CDU) .....	1276
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1277
Abg. Frau Kummer (SPD) .....	1279
Senatorin Wischer .....	1280
Abstimmung .....	1281

**Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro**

Mitteilung des Senats vom 14. August 2001  
(Drucksache 15/345 S)

**Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro**

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses  
vom 21. September 2001  
(Drucksache 15/367 S) .....

1281

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Borttscheller, Frau Busch, Frau Lemke-Schulte, Peters, Frau Schwarz.

**Präsident Weber****Vizepräsident Dr. Kuhn**  
**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Arnold-Cramer**  
**Schriftführerin Hannken**

---

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Justiz und Verfassung

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und  
Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 15.15 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 27. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. September 2001, Drucksache 15/367 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt zusammen mit dem Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

2. Kinder und Jugendliche schützen - Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen! Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. September 2001, Drucksache 15/368 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt zehn, Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt und Ernährung, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Ernährung und Bewegung, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 25. September 2001, Drucksache 15/369 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum auch hier einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen auch hier eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt zehn, Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt und Ernährung, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der

Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

**Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

1. Bürgerzentrum Pelzerstraße und lokale Dienstleistungszentren  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. September 2001  
(Drucksache 15/363 S)
2. Übertragung von Sondervermögen des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Kataster und Vermessung Bremen (KV Bremen) auf den Landeseigenbetrieb Geoinformation Bremen (Geo Bremen)  
Mitteilung des Senats vom 18. September 2001  
(Drucksache 15/365 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzung.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes drei, Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen, des weiteren zur Verbindung der Tagesordnungspunkte vier und fünf, hierbei handelt es sich um die Haushaltsgesetze und -pläne, sechs mit dem außerhalb der Tagesordnung vorliegenden Petitionsbericht Nummer 33 und zur Vereinbarung von Redezeiten bei drei Tagesordnungspunkten.

Meine Damen und Herren, außerdem wurde vereinbart, auf eine Aussprache zu den Haushaltsangelegenheiten in der Stadtbürgerschaft zu verzichten, da die Aussprache hierüber bereits heute Vormittag im Landtag stattgefunden hat.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Fragestunde**

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen acht frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Zukunft der Hohentorssheerstraße**. Die Anfrage ist unter-

schrieben von den Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Jäger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurde bislang der dritte und letzte Bauabschnitt in der Hohentorssheerstraße nicht in Angriff genommen, und wann ist mit dem Beginn und dem Ende dieser Straßensanierungsmaßnahme zu rechnen?

Zweitens: Welche Maßnahmen zur Schulwegsicherung sind im gesamten Verlauf der Straße geplant?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Ausgangspunkt für die Sanierung der Hohentorssheerstraße zum jetzigen Zeitpunkt waren die erforderlichen Erneuerungsarbeiten am vorhandenen Kanalnetz seitens Hansewasser. Aufgrund dieser Kanalbauarbeiten ergibt sich die Notwendigkeit, die vorhandene Befestigung der Verkehrsfläche aufzunehmen und wieder neu herzustellen.

Nach Abstimmung zwischen den planenden Fachämtern und unter Beteiligung des Ortsamtes erfolgt die Neugestaltung mit dem Ziel, diesem Straßenzug wieder die Bedeutung zu geben, die ihm von der Funktion und vom ursprünglichen stadtplanerischen Ansatz her zukommt, nämlich der einer Stadtstraße mit den Funktionen Wohnen und Einkaufen. Entsprechend hat die Baudeputation am 21. Juni 2000 gemäß Vorlage 15/177 beschlossen.

Das gesamte Projekt wird in mehreren Bauabschnitten, beginnend an der Neuenlander Straße, im Anschluss an die jeweiligen Kanalbauarbeiten realisiert. Zurzeit sind der erste Bauabschnitt, zwischen Neuenlander Straße und Erlenstraße, und der zweite Bauabschnitt, zwischen Erlenstraße und Pappelstraße, fertig gestellt.

Die Sanierung der Kanalanlagen im weiteren Straßenverlauf soll nach Aussagen von Hansewasser in den Jahren 2002/2003 durchgeführt werden. Im Anschluss daran könnte auch die Straßensanierungsmaßnahme fortgeführt werden, wenn die entsprechenden haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Zu Frage zwei: Im Rahmen der Umbaumaßnahme wurde im Bereich des ersten und zweiten Bauabschnittes eine übersichtliche und klare Verkehrssituation geschaffen. Im Bereich der Kreuzung wurde der Gehweg bis an den Außenbereich der Parkplätze herangeführt. Durch die Schaffung dieser Aufstellflächen für Fußgänger wurden die gegenseitigen Sichtbeziehungen zwischen Kfz-Verkehr und Fußgängern erheblich verbessert.

Als ergänzende Maßnahme wurde von der Straßenverkehrsbehörde Tempo 30 angeordnet. Die verkehrliche Entwicklung wird vom Amt beobachtet. Es müssen kurzfristig Geschwindigkeitsüberwachungen von der Polizei durchgeführt werden, um gegebenenfalls über weitergehende Maßnahmen zur Schulwegsicherung zu entscheiden. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Frau Senatorin, sind Sie bereit, den Eindruck der Neustädter, insbesondere der Bewohner des Buntentors, dass der Senat hier halbe Sachen macht und das Ressort sich hinter Hansewasser versteckt, vielleicht dahingehend zu entkräften, dass Sie sagen, wir sind bereit, unsere Priorität deutlich zu machen und mit Hansewasser gemeinsam darauf hinzuwirken, dass bereits im Jahr 2002 der vollständige Straßenzug saniert werden kann?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Ich will Ihnen gern zugeben, dass es ein hohes Interesse meinerseits ist, diesen Straßenzug auch zu vollenden.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Fuß- und Radwege in den Wallanlagen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die für die Renovierung der Rad- und Fußwege in den Wallanlagen zwischen Ostertorsteinweg und Herdentor ab 1. Januar 2000 eingesetzt worden sind, und welche Mittel sind bis zur Fertigstellung der Arbeiten noch eingeplant?

Zweitens: Welche Konzeption zwischen dem Anspruch einer historischen Wiederherstellung der

Wege, den Anforderungen einer modernen Nutzung sowie den Herausforderungen des „Bremer Wetters“ liegt den Renovierungsarbeiten zugrunde?

Drittens: Welche Rückmeldungen über die Zufriedenheit der Bremer Bevölkerung mit den Ergebnissen der bisherigen Arbeiten sind dem Senat bekannt?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Wegesanieierung hat bisher rund 930.000 DM inklusive Mehrwertsteuer gekostet und liegt damit im zuvor geschätzten Kostenrahmen. Der Wegebau ist bis auf die so genannte Asphaltveredelung, die optische Aufwertung und Vereinheitlichung der Wegebeläge durch Aufbringung von gelblichem Splitt beziehungsweise Kies, abgeschlossen. Die Asphaltveredelung wird rund 60.000 DM inklusive Mehrwertsteuer kosten.

Zu zwei: Grundlage der Arbeiten ist das Parkpflegewerk, das zur Sanierung der denkmalgeschützten Wallanlagen erstellt worden ist.

Folgende Zielsetzungen wurden bei der Wegesanieierung verfolgt: abnutzungsbezogene Grundsanierung des Anlagenbestandes, Reduzierung der Materialvielfalt zur Schaffung eines einheitlichen, charakteristischen Erscheinungsbildes der Wallanlagen - gestalterisches Leitbild im Stil der englischen Landschaftsparks -, nutzungsbezogene Wegebelagswahl, das heißt, stark frequentierte Wege sind asphaltiert, Wege mit starkem Gefälle sowie Platzsituationen sind gepflastert, Wege mit geringer Frequentierung haben einen wassergebundenen, dem historischen Leitbild entsprechenden Wegebelag erhalten, langfristige Reduzierung der Unterhaltungskosten.

Zu drei: Während der Bauphase erfolgte vielfach Kritik aus der Bevölkerung. Die Bürger befürchteten unter anderem eine Verschlechterung der Wegequalitäten, insbesondere bei den wassergebundenen Wegen an der Contrescarpe. Nach Fertigstellung der Wege verstummte die negative Kritik.

Gerechtfertigte Kritikpunkte wurden durch Stadtgrün aufgegriffen. In der Folge wurden beispielsweise zusätzliche Entwässerungseinläufe eingebaut. Die als zu rau empfundene Pflasterfläche an der Bischofsnadel wurde nachverfügt.

Aktuelle Beschwerden aus der Bevölkerung hinsichtlich der Veredelung sind baubedingt. Die vor-



gebrachten Kritikpunkte werden beziehungsweise sind bereits abgestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, mir ist von den Bremerinnen und Bremern berichtet worden, dass es ein bisschen schwierig war, die Anregungen in Ihrem Ressort loszuwerden, weil es vielleicht nicht so ganz klar war, wann das Bauressort und wann Stadtgrün zuständig ist. Könnten Sie sich vorstellen, dass das etwas verbessert werden könnte?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Wir sind immer gehalten, unsere Dienstleistungen zu verbessern.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Da danke ich Ihnen!)

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Ihnen die für Radfahrerinnen und Radfahrer viel benutzte Strecke von Schwachhausen, dem Viertel bis in die Innenstadt über die Bischofsnadel bekannt ist. Ich frage Sie: Glauben Sie, dass diese, sie haben es, glaube ich, Asphaltveredelung genannt, jetzt statt des asphaltierten Radweges mit Splitt überzogene Radfahrdecke im Interesse der Radfahrerinnen und Radfahrer ist?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Erstens gibt es nur eine zugelassene Radwegeverbindung, das ist die zur Bischofsnadel. Da stimme ich Ihnen zu. Zweitens habe ich es so verstanden, dass aufgrund der Situation während der Bauarbeiten, als es geregnet hat, eine endgültige Ausformung dieser Maßnahmen nicht möglich gewesen ist. Man braucht, ich habe mir das notiert, 48 Stunden trockenes Wetter, um dies zu perfektionieren. Darauf wurde erwartet. Ich hoffe, dass es dann auch in diesem Teilstück, wo Radfahrerinnen und Radfahrer zugelassen sind, akzeptabel ist.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie aber mit mir der Meinung, dass die augenblickliche Lösung, so wie sie jetzt ist, hässlicher ist als die vorherige und viel Geld gekostet hat?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Das kann ich im Augenblick nicht so bestätigen, weil ich denke, man muss den Abschluss sehen. Wir haben, glaube ich, auch an anderen Stellen diese Asphaltveredelung gemacht, und sie hat dazu beigetragen, durch die Angleichung auch der farblichen Gestaltung mit anderen Wegen ein einheitliches Bild herzustellen.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Was sind nach Erkenntnissen des Senats die Gründe für die von der Kompostierungsanlage ausgehende wiederholte Geruchsbelästigung der Bürgerinnen und Bürger in weiten Teilen des Bremer Westens in den Monaten Juni bis August dieses Jahres, zum Beispiel ganz deutlich am 24. August 2001 in der Zeit von neun bis zwölf Uhr?

Inwieweit kann durch technische Umgestaltung der Kompostierungsanlage diese Belästigung für die Zukunft ausgeschlossen werden?

Durch welche anderen Maßnahmen, zum Beispiel Änderungen der Arbeitsabläufe in der Anlage, kann der Senat sicherstellen, dass solche Belästigungen der Bevölkerung künftig unterbleiben?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Es ist am 25. und 26. Juli dieses Jahres bei Umsetzarbeiten der Nachrottemieten nach einem mehrtägigen Ausfall des Krans und am 24. August 2001 nach einer Betriebsstörung kurzfristig zu verstärkten Geruchsemissionen gekommen. Am 24. August 2001 wurde ein Defekt an dem stationär betriebenen Sieb der Anlage festgestellt. Ersatzweise wurde die Anlage mit einem mobilen Sieb außerhalb der Anlage weiterbetrieben. Dieser Umstand ist ursächlich für die genannten Geruchsbelästigungen.

Eine technische Umgestaltung der Kompostierungsanlage ist nicht erforderlich. Die Bioabfallkompostierungsanlage ist technisch grundsätzlich geeignet für die Behandlung des Bremer Bioabfalls. Die im Verarbeitungsverfahren auftretenden Geruchsemissionen werden durch die vorhandenen technischen Einrichtungen auf ein Maß deutlich unterhalb der bestehenden Grenzwerte reduziert. Entsprechende Gutachten haben dies bestätigt. Durch Auflagen und Bedingungen in der Genehmigung für die Kompostierungsanlage ist sichergestellt, dass Belästigungen der Bevölkerung, ausgehend von Geruchsemissionen der Kompostierungsanlage, weitestgehend verhindert werden.

Der Senator für Bau und Umwelt ist mit dem Betreiber der Anlage im Gespräch, um auch für zukünftig nicht vermeidbare Betriebsstörungen Maßnahmen zu entwickeln, zum Beispiel schnelleres Ausweichen auf alternative Kompostierungsanlagen, um eine Beeinträchtigung der Bevölkerung durch Geruchsemissionen zu vermeiden. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass der Landesverband der Kleingärtner bei den an der Deponie angrenzenden Kleingartenvereinen eine Umfrage gemacht hat, an welchen Tagen es eine Geruchsbelästigung gegeben hat und man es auch nach meinem Empfinden an mehr als drei Tagen kaum aushalten konnte? Meine Nachbarin hatte ihre Enkelkinder zu Besuch und ihr Wohnzimmer danach abgesucht, ob die ihre Pampers irgendwo versteckt hatten. So penetrant war der Geruch bis zur Vegesacker Straße!

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Das ist mir nicht bekannt. Mir waren Klagen über sonstige Verunreinigungen bekannt, die durch Verwehungen entstanden sind. Dem ist sofort nachgegangen worden. Mir sind nur diese drei Daten bekannt, die ich Ihnen eben vorgetragen habe, als in dieser Phase, offensichtlich im Juli, dieses Problem aufgetreten ist. Wie ich Ihnen eben in der Antwort gesagt habe, ist man jetzt mit dem Betreiber in Gesprächen, falls es solche betriebstechnischen Störungen gibt, dann Maßnahmen zu ergreifen, die das verhindern, was Sie eben beschreiben.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Ist dem Senat bekannt, dass sich die vorherrschende Windrichtung in Bremen in den letzten Jahren verändert hat? Die Anlage ist mit einer vorherrschenden

Westwindlage geplant worden, dann würde die Geruchsbelästigung ins Blockland getrieben werden. Wir konnten bei einem Gespräch mit Fluglotsen kürzlich hören, dass die Starts und Landungen in Bremen, früher erfolgten sie im Verhältnis 60 zu 40 nach Westen, sich jetzt geändert haben, weil wir eine verstärkte Ostwindlage haben. Würden Sie dabei eventuell solche Umstände berücksichtigen, da das zu einer vermehrten Geruchsbelästigung gerade in den Kleingartenanlagen führen wird?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Mir war nicht bekannt, dass sich der Wind in diesem Land gedreht hat.

(Beifall)

Ich nehme das gern auf!

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Ausleuchtung der Bauwerke in der Bremer Innenstadt bei Nacht**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit gibt es Überlegungen seitens des Senats, die Beleuchtung der Bremer Innenstadt, so wie sie auch zum Auftakt des zwölften Bremer Musikfestes bestand, dauerhaft einzuführen?

Welche Kosten wären mit einer veränderten Ausleuchtung der Innenstadt verbunden?

Teilt der Senat die Auffassung, dass eine entsprechende Ausleuchtung bei Nacht die Innenstadt nicht unerheblich aufwerten würde und die unverwechselbare Fassade der Bremer Innenstadt noch besser für Bewohner sowie für Besucher zur Geltung kommt?

**Präsident Weber:** Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat ist der Auffassung, dass eine entsprechende Ausleuchtung die Innenstadt erheblich aufwerten und die historischen Gebäude, Straßen

und Plätze für die Bewohnerinnen und Bewohner und die Besucherinnen und Besucher besser zur Geltung bringen würde.

Bereits jetzt werden vom Senator für Bau und Umwelt im Rahmen des Sofortprogramms Innenstadt Planungen zur Verbesserung der Beleuchtung realisiert so zum Beispiel in der Obernstraße, Hutfilterstraße und Sögestraße. Die Lichtsituation in der Lloydpassage wurde erst kürzlich im Rahmen eines Public-private-partnership-Projektes mit Mitteln aus dem Sofortprogramm Innenstadt verbessert.

An einigen Stellen wird die Änderung der Beleuchtungsanlage mit entsprechenden Sanierungs- und Umbaumaßnahmen zeitlich gekoppelt, zum Beispiel Rathaus, Marktplatz und Langenstraße. Die Verbesserung der Beleuchtung soll unter anderem durch eine höhere Lichtleistung, den Austausch alter Beleuchtungsanlagen gegen neue Leuchten mit neuer Lampentechnologie sowie durch eine Verbesserung der Anstrahlung von Gebäuden erreicht werden.

Die Mehrkosten für Betrieb und Unterhaltung betragen jährlich für die Obernstraße bei Ganznachtbetrieb 25.700 DM und bei Halbnachtbetrieb 17.900 DM. Für die Sögestraße wurden bei Ganznachtbetrieb Mehrkosten von 23.500 DM und bei Halbnachtbetrieb von 18.900 DM ermittelt. Für die anderen Straßen und Plätze können die Mehrkosten erst dann exakt ermittelt werden, wenn das gesamte Konzept abgestimmt ist. Dazu müssen die Betriebsdauer, die Abschaltzeiten und die jeweiligen Lampentechnologien bekannt sein.

Auf jeden Fall ist eine Verdoppelung der Folgekosten in diesen Bereichen zu erwarten. Hinzu kommen für die entsprechenden Projekte noch die jeweiligen Investitionskosten. Eine dauerhafte Einführung wie zum Auftakt des zwölften Bremer Musikfestes ist nicht beabsichtigt. Die Qualität dieses Events sollte jedoch für andere Veranstaltungen maßgeblich sein. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Rückbau der Poller an der Oslebshäuser Heerstraße**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann erfolgt der vom Bausenator versprochene Rückbau der Poller an der Oslebshäuser Heerstraße?

Zweitens: Wann wird dem Beirat und der Bevölkerung ein Parkkonzept zur Verbesserung der jetzigen Situation vorgelegt?

Drittens: In welcher Weise wird der Senat in dem vorzulegenden Parkkonzept die Haltestellen, die Zufahrt zum Diako-Krankenhaus und die Linksabiegersituation berücksichtigen?

**Präsident Weber:** Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In Übereinstimmung mit dem Ortsamt bleiben die Pfähle zunächst stehen, da eine versuchsweise Abräumung von 60 der installierten Pfähle zu einer erneuten Beparkung des Baumstreifens führte, obwohl nunmehr legale Parkflächen an der Fahrbahn zur Verfügung stehen.

Zu Frage zwei: Durch die bestehende Verkehrsanordnung, die das Parken auf dem rechten Fahrbahnstreifen der Oslebshäuser Heerstraße stadtauswärts erlaubt, wurde die Situation für den ruhenden Verkehr erheblich verbessert. Zum einen wurde durch diese Maßnahmen eine große Anzahl von Parkständen geschaffen, die zum anderen nunmehr das legale Parken in diesem Straßenzug ermöglichen. Die zuvor zum Abstellen genutzten Flächen zwischen den Bäumen boten weniger Fahrzeugen Platz. Dabei handelte es sich zudem um illegale Parkvorgänge. Im Zuge der Umsetzung der Verkehrsanordnung wurde zwischen dem Ortsamt/Beirat und dem ASV vereinbart, dass die neue Verkehrsregelung zunächst im Sinne einer Probephase bis Ende Oktober beobachtet und anschließend die Ergebnisse gemeinsam ausgewertet werden sollen. Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen sollen dann im nächsten Schritt die endgültigen Regelungen getroffen werden.

Zu Frage drei: Auch hier gilt, dass zwischen Ortsamt/Beirat und ASV verabredet worden ist, endgültige Regelungen gemeinsam nach einer Auswertung der bis Ende Oktober terminierten Probephase zu treffen. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Nutzung Hafenrandstraße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Situation, dass der Zielverkehr nach Gröpelingen nicht über die Hafenrandstraße, sondern weiterhin über die Oslebshauer beziehungsweise Gröpelinger Heerstraße fließt?

Zweitens: Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um diese Situation zu verbessern?

Drittens: Inwieweit wird sich der Senat für eine bessere Beschilderung an der A 27 einsetzen?

**Präsident Weber:** Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Die derzeitige Situation, dass der Zielverkehr nach Gröpelingen nicht über die Hafenrandstraße fließt, ist unbefriedigend. Aus diesem Grund ist eine ergänzende Beschilderung für die Verbesserung der Wegweisung im Bremer Westen für den Zielverkehr zu den Gewerbe-, Industrie- und Hafengebieten über die Hafenrandstraße, A 27 und A 281 öffentlich ausgeschrieben worden. Der Auftrag wird Anfang Oktober erteilt. Bis Ende des Jahres 2001 wird der Heerstraßenzug nur noch mit der örtlichen Wegweisung ausgestattet sein.

Zu Frage drei: Ein zusätzliches Hinweisschild zur Hafenrandstraße auf der A 27 ist hierbei nicht vorgesehen. Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der A 27 wird die vorhandene Beschilderung überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Ja, zur Frage drei! Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der A 27, wenn das aktualisiert werden sollte, wird dann gegebenenfalls auch der Beirat involviert, dass Sie dann auch Ihre Hinweise geben, oder macht das nur das ASV?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Ich denke, wir sind immer bemüht, den Beirat auch rechtzeitig zu informieren, von kleinen Pannen abgesehen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Danke!)

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte, Herr Engelmann!

Abg. **Engelmann** (SPD): Dem Beirat wurde versprochen, dass, wenn die Hafenrandstraße fertig gestellt wäre, dort dann eine Verkehrszählung stattfinden würde, auch auf dem Heerstraßenzug. Hat die Verkehrszählung stattgefunden, liegen Ergebnisse vor, und wenn nicht, wann wird denn dann diese Verkehrszählung stattfinden, wann wird sie nachgeholt?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Das werde ich Ihnen nachreichen, das kann ich so nicht sagen!

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Koordinationsstelle der Jugendgerichtshilfe im Amtsgericht**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Aufgaben erfüllt die Koordinationsstelle der Jugendgerichtshilfe am Amtsgericht?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Arbeit der Koordinationsstelle der Jugendgerichtshilfe am Amtsgericht?

Drittens: Plant der Senat Änderungen hinsichtlich der Wahrnehmung dieser Aufgabe, wenn ja, welche?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Dr. Knigge.

**Staatsrat Dr. Knigge:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu erstens: Das Amt für Soziale Dienste hält eine Koordinationsstelle der Jugendgerichtshilfe unmittelbar beim Amtsgericht vor. Diese wird von der Polizei unverzüglich am Festnahmetag oder am

folgenden Tag unterrichtet und zur Stellungnahme aufgefordert. In unmittelbarer Abstimmung mit den jeweils zuständigen fallführenden Sozialdiensten kann auf diese Weise eine Vertretung der Jugendgerichtshilfe bei Haftfällen und Zuführungen an den Haftrichter sichergestellt werden. Die Koordinationsstelle garantiert außerdem die Zusammenarbeit mit dem Jugendgericht in Fragen der Anordnung von Beugearresten.

Zu zweitens: Der Senat bewertet die Arbeit dieser Koordinationsstelle positiv, weil sie durch Sicherstellung kurzer Wege und verbesserter Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe eine Beschleunigung von Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz erreicht und zur Optimierung der Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen beiträgt.

Zu drittens: Nein!

(Abg. Pietrzok [SPD]: Dann bin ich beruhigt. Danke!)

**Präsident Weber:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage steht unter dem Betreff „**Beirätebeteiligung beim Ausbau von Straßen und bei der Einrichtung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Absolon** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie wird der Senat die im Beirätegesetz und in der Straßenverkehrsordnung - Paragraph 45 Absatz 1 c, Einvernehmen mit den Gemeinden - vorgeschriebene Beteiligung der Beiräte bei Planungen von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Tempo-30-Zonen im Stadtteil sicherstellen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bei der Planung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen werden die Beiräte grundsätzlich im Rahmen des vorgeschriebenen Verfahrens beteiligt. Zumeist werden auch schon Vorüberlegungen mit den Beiräten erörtert, um deren Auffassung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt kennen zu lernen. Häufig geht die Initiative für die Planung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen von den Beiräten

beziehungsweise von den Ortsämtern selbst aus. Diese Planungsfälle werden dann durchgehend unter Beteiligung der Beiräte erarbeitet.

Die Tempo-30-Gebiete wurden in Bremen in enger Kooperation mit den Ortsämtern und den Beiräten ausgewiesen. Dabei wurde das Einvernehmen mit der Gemeinde, wie es in Paragraph 45 Absatz 1 c gefordert wird, mit den betroffenen Beiräten nach Maßgabe der in der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Ortsämter und Beiräte mit dem Bauressort getroffenen Regelungen hergestellt. Dieses Verfahren wird sich mit dem neuen Beirätegesetz nicht ändern. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Absolon** (CDU): Frau Senatorin, ist es dann richtig, dass bei Einrichtung von Baumnasen und Berliner Kissen in Tempo-30-Gebieten der Beirat darüber mitentscheiden muss?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Wischer:** Ich gehe davon aus, dass das zu diesen Maßnahmen gehört.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist Punkt eins unserer Tagesordnung erledigt.

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

### **Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002 und 2003**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001  
(Drucksache 15/350 S)

Wir verbinden hiermit:

### **Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2001**

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001  
(Drucksache 15/351 S)

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei den verschiedenen Vorlagen zum Haushalt 2002 und 2003 ist die Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, der Haushaltspläne und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 und der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2002 und 2003 unmittelbar an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet werden.

Ich stelle Einverständnis fest.

Ich lasse jetzt über das Nachtragshaushaltsgesetz und den Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2001 abstimmen. Auch hier ist die Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes und des Nachtragshaushaltsplans der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist das Nachtragshaushaltsgesetz und den Nachtrags-

haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32  
vom 4. September 2001  
(Drucksache 15/356 S)**

Wir verbinden hiermit:

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 33  
vom 18. September 2001  
(Drucksache 15/366 S)**

Meine Damen und Herren, eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Flächennutzungsplan Bremen  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.  
Mai 2001**

**1. Änderung  
(ehemals 85. Änderung des Flächennutzungs-  
planes Bremen 1983)  
- Stadtbezirke West, Süd und Ost -  
Teile A - F (Windkraftanlagen)**

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001  
(Drucksache 15/357 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur ersten Änderung des Flächennutzungsplans Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

### Aktive Bürgerstadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001  
(Drucksache 15/358 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die sehr umfangreiche Mitteilung des Senats vom 4. September ist von weitreichender Bedeutung und sehr zukunftsweisend, sowohl für die Stadt als auch für die Politik, beinhaltet sie doch nicht mehr und nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt.

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Die Bürgerschaft Bremen soll sich dadurch auszeichnen, dass Entscheidungs- und Handlungsprozesse in der Kommune effektiver werden, indem sich mehr Menschen, die bisher passiv betroffen sind, aktiv beteiligen und die bislang professionell Aktiven ihr Handeln transparenter gestalten sowie mit der weiteren Aktivität von Bürgerinnen und Bürgern verzahnen.“ Ich finde, das ist ein Zitat, das man unterstreichen kann. Man könnte es aber auch einfacher gesagt haben, nicht ganz so philosophisch: mehr Bürgerbeteiligung in dieser Stadt, engere Verzahnung und dichter an die Menschen heran!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ein schönes und erstrebenswertes Ziel, beklagen doch alle immer bei Wahlen, besonders in den Kommunen, die geringe Wahlbeteiligung. Gewiss haben wir in der Vergangenheit immer Gründe gefunden, warum das so war, und wir nahmen uns auch vor, diese Gründe so zu verändern, dass wieder mehr Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen ihrer politischen Führung in den Kommunen teilnehmen.

Der Grund der Politikverdrossenheit liegt aber auch in hohem Maße darin, dass Politik und Ver-

waltung die Bürgerinnen und Bürger - nicht immer, aber oft - zu spät, zu gering und manchmal auch zu sehr von oben herab an Entscheidungen beteiligt haben. Das müssen wir uns vielleicht auch selbst eingestehen. Ich kenne manche Beiratssitzung, in der den Beiräten, die ihre Freizeit dort opfern, die das ehrenamtlich machen, sowohl von der Verwaltung als auch von der Politik nicht gerade besonders aufmerksam und gut entgegengetreten worden ist.

(Beifall - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finde ich ja gut, dass Sie das so sehen!)

Ich habe viele Jahre Beiratspolitik gemacht und an mancher Sitzungen teilgenommen, von der ich hinterher auch ärgerlich nach Hause gegangen bin, das gestehe ich ein, das hat doch jeder von uns sicherlich einmal erlebt. Das ist nicht der Regelfall, und es verbessert sich auch. Durch diesen Antrag und diese Mitteilung des Senats wird es sicherlich viel besser werden, Frau Linnert!

Wir kennen doch alle den Satz, den haben wir alle in solchen Versammlungen gehört: „Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen!“ Der Gedanke der Bürgerstadt wird diesen Umstand ändern. Das wird nicht über Nacht gehen und für viele ein schwerer Weg sein, eingefahrene Pfade zu verlassen, geben zu müssen und den Gegenwert von dem, was man erhält, nicht sofort erkennen zu können. Aber auch solch eine Idee wie die Bürgerstadt wird Grenzen haben, kann nicht zu weit gehen. Es kann nicht an vielen Stellen der Stadt unterschiedlich entschieden werden, und die Politik wird auch bei der Umsetzung des Gedankens Bürgerstadt Herr des Verfahrens bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Über bürgerschaftliches Engagement in dieser Stadt haben wir in vielfältiger Form in diesem Haus im Zusammenhang mit den Ehrenämtern und der Freiwilligenarbeit debattiert und die schönsten Beispiele, den Bürgerpark und die Kunsthalle, immer wieder öffentlich gelobt. An diesen Beispielen wird aber auch deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement in dieser Stadt vorhanden ist. Vielleicht ist es ein bisschen verschüttet, aber es liegt an uns, es zu neuer Aktivität zu erwecken. Wir brauchen, um die Stadt lebendig und liebenswert zu erhalten, die Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen, die etwas bewegen und mitgestalten wollen. Wir sollten sie nicht als Störenfriede bezeichnen, dafür könnte ich auch wieder Beispiele aus Beiratssitzungen anführen.

Der Wunsch der Bürger mitzumischen, aber auch Verantwortung zu übernehmen, erhält eine Stadt frisch und macht sie für andere interessant, so

dass sie sich überlegen, in diese Stadt zu ziehen. Wir haben ja heute Morgen im Zusammenhang mit dem Haushalt darüber gesprochen, dass wir die Einwohner in dieser Stadt halten und die Einwohnerzahl erhöhen wollen. Vielleicht kann man auch das mit dem Gedanken einer aktiven Bürgerstadt Bremen erreichen.

Meine Damen und Herren, heute Morgen haben wir über Europa debattiert. Wir entwickelten die europäische Idee immer weiter und machten dabei die Erfahrung, dass die Region, die Kommune, die Eigenheiten, die die Heimat oder die Region ausmachen, unterzugehen drohten. Es geht Europa nichts an, habe ich mir zum Beispiel gedacht, wie die Bremer Gekochte zubereitet und gegessen wird, das entscheiden wir hier allein. Uns ist sie gewissermaßen zum Fressen lieb, aber es geht Brüssel nichts an, was darin ist.

(Beifall bei der CDU)

Dabei lohnt es sich, sowohl für die europäische Idee als auch für den Raum, den die Menschen Heimat nennen, einzutreten. Hier ist zum Glück, und das ist auch heute Morgen in den Debattenbeiträgen deutlich geworden, eine andere Entwicklung eingetreten. Das Wort Region hat wieder eine größere Bedeutung für die Europäer bekommen.

Meine Damen und Herren, bürgerschaftliches Engagement denkt anders, bürgerschaftliches Engagement will sich in Gröpelingen, in der Vahr, in der Neustadt oder in anderen Stadtteilen einbringen. Diese Tatsache will sich die Idee Bürgerstadt zu Nutzen machen.

Meine Damen und Herren, sich vor Ort und für Dinge vor Ort zu engagieren, sich hier verantwortlich zu fühlen, sich mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu solidarisieren, das erfüllt den Begriff der Subsidiarität in treffender Weise. Alle drei Begriffe, die hier in dieser Vorlage eine Rolle spielen, Subsidiarität, Solidarität und Verantwortung, gehören zu bürgerschaftlichem Engagement. Nimmt man einen Begriff weg, ist es nur noch eine halbe Sache!

(Beifall bei der CDU)

Bürgerschaftliches Engagement braucht aber auch einen Anreiz. Diesen Anreiz macht der Senat eigentlich deutlich unter der Ziffer drei, er fragt: „Warum brauchen wir die Bürgerstadt, und wenn wir sie schon hätten, warum brauchen wir sie heute in veränderter Form?“ Ich möchte einige Kernaussagen, die in der Mitteilung des Senats gemacht worden sind, wiederholen: Erstens: Eine lebendige Demokratie ist auf das Engagement der

Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen angewiesen.

Zweitens: Die Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse ist zunächst eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft.

Drittens: Der öffentlichen Sozial- und Daseinsvorsorge muss das Ziel eines aktivierenden Sozialstaates an die Seite gestellt werden. Der Senat nennt in seiner Mitteilung weitere nachvollziehbare Gründe für die Bürgerstadt. Ich glaube, allein diese drei Umstände reichen aus, um sich für die Idee einer Bürgerstadt zu engagieren.

Bei dieser Idee müssen wir auch vorsichtig sein, wir dürfen nicht zu große Hoffnungen wecken, um nicht Enttäuschung vorzuprogrammieren. Wir wollen die Bürger in eine andere Entwicklung und in eine andere Art der Beteiligung mitnehmen. Ich möchte hier auch warnen: Wir dürfen jetzt nicht so tun, als ob alles anders werden wird. Es wird weiterhin Vorschriften und Gesetze geben, wir wünschen uns nur eine andere Beteiligung, ein Mehr an Beteiligung!

(Beifall bei der CDU)

Was wird für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt anders, wenn wir das Ziel Bürgerstadt anpeilen und umsetzen? Die Verwaltung, und das meine ich gar nicht böse, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass nicht nur sie allein Fachkenntnisse hat, um Probleme zu lösen. Sie wird noch mehr mit den betroffenen Menschen um akzeptable Lösungen ringen müssen. Das wird ihr nicht immer recht sein. Wenn es aber zu einer allseits getragenen Problemlösung kommt, was ist dann daran so falsch?

Wir Politiker werden erkennen müssen, dass wir nicht, dadurch dass wir gewählt worden sind, gleichzeitig die Problemlösungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger gewissermaßen mit dem Wahlzettel eingetrichtert bekommen haben. Manchmal finden wir nicht die Lösung, die sich die Menschen wünschen. Es ist doch gut, wenn uns die Bürger durch mehr Beteiligung auf die Lösung, die sie vor Ort für die richtigere halten, intensiver hinweisen können.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Rolle des Staates neu zu definieren als Stadt, die aktiviert, Veränderungen ermöglicht und diese Veränderungen aber auch verantwortet. Wir können die Stadt nicht aus ihrer umfassenden Gewährleistungsverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger entlassen. Wir müssen auch hinnehmen, dass die verantwortliche Wahrnehmung von Aufgaben



durch die Bürgerinnen und Bürger selbst einen weiteren Vorrang erhält, nur dann, wenn eine Aufgabe nicht von Dritten erledigt werden kann, muss sie die Stadt zukünftig wahrnehmen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden erkennen, dass es besser ist, sich einzumischen. Die Kritiker in einer Loge verändern die Show nicht, werden aber durch das ständige Kritisieren auch nur vergrämt. Ich denke in dem Zusammenhang immer an das Bild in der „Muppets Show“, wie die beiden älteren Herren da sitzen und über alles meckern.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Waldorf und Statler!)

Die Namen wusste ich nicht! Sie verändern nichts, sie gehen nachher nur frustriert nach Hause.

Die Bürgerinnen und Bürger werden erfahren, dass sich das Ärmelaufkrepeln, das Anfassen, das Mitdiskutieren und das Mitdenken in, wie ich es einmal genannt habe, Wohlfühlwerten auszahlt. Ich glaube, dass die Mehrzahl der Mitbürgerinnen und Mitbürger das auch will. Das Potential ist in unserer Stadt vorhanden, ich erinnere noch einmal an die Debatten über die Freiwilligenarbeit.

Wissen Sie, ich war am Sonnabend beim Verband der Gehörlosen in einem wunderschönen Haus an der Schwachhauser Heerstraße! Ich habe als Deputierter über viele Jahre beobachten können - wir haben teilweise auch gemeinsam mit der Deputation helfen können, Gelder bereitzustellen -, was dort an ehrenamtlichem Engagement von dem Vorsitzenden dieses Vereins geleistet worden ist, immer wieder zur Verwaltung zu rennen, um Geld zu bitten und teilweise auch zu betteln. Heute sehen wir den Lohn: ein wunderschönes Haus! Die Stadt hatte ein verwahtes Haus an dieser Stelle, sie hat es ja selbst nicht hinbekommen, jetzt ist es eine wunderschöne Einrichtung. Der Lohn für die, die sich dort ehrenamtlich engagiert haben, ist darin zu sehen, dass sie heute das prächtigste Freizeitheim aller Gehörlosenorganisationen in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind mit der Diskussion über die Weiterentwicklung einer Bürgergesellschaft, einer zivilen Gesellschaft nicht allein. Mit den Kollegen Mützelburg und Töpfer war ich zu Beginn dieses Monats in Greifswald auf der Zehnten parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Das ist eine ganz interessante und spannende Angelegenheit. Das Thema der Veranstaltung waren politische und rechtliche Grundlagen einer zivilen Gesellschaft als Rückgrat einer stabilen Demokratie ein-

schließlich einer interaktiven Bürgerbeteiligung in politische Entscheidungsprozesse.

Ein sehr langer Titel, aber eine sehr spannende, interessante Diskussion! Dort diskutiert die dänische Minderheit in Deutschland gemeinsam mit der schwedischen Minderheit aus Finnland und den Vertretern Kareliens und allen anderen Ostseeanrainerstaaten über mehr Bürgerbeteiligung. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir auch hier, und dies macht die Mitteilung des Senats deutlich.

Es ist eine sehr interessante Entschließung herausgekommen, die zum Teil Forderungen erhebt, die auch in der Vorlage des Senats stehen, aber darauf gehe ich vielleicht im zweiten Beitrag ein.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oppermann, Sie haben uns nicht, aber das wäre vielleicht die Aufgabe des Senats gewesen, in Ihrem Beitrag erläutert, worum es eigentlich gehen soll. Ich hatte auch ein bisschen den Eindruck, weil ich das alles ganz gut fand, was Sie gesagt haben, dass das nicht gerade der Kern dessen ist, was uns in diesem Konzept der Bürgerstiftung mit ganz konkreten Plänen und Maßnahmen hier vorgelegt worden ist, deswegen kann man das, was Sie sagen, unterstreichen. Ich komme jetzt zu dem, was wir vom Senat als Mitteilung überhaupt vorgelegt bekommen haben.

Im Ziel, und auch da sind wir uns völlig einig, in dieser Stadt Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsverantwortung einzubeziehen, gibt es einen sehr großen Konsens in diesem Haus. Wir Grünen begrüßen, dass der Senat an dieser Stelle und in dieser Senatsmitteilung auch noch einmal die Notwendigkeit zur Abgabe von Entscheidungsverantwortung an die Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich eingeräumt und ausdrücklich eingefordert hat. Insofern sind wir uns in diesem Punkt einig. Wir sind uns in diesem Ziel einig, aber auf dem Weg dahin gibt es doch einige Unterschiede. Wir haben doch eigene Vorstellungen und eigene Punkte, die wir hier einbringen wollen.

Die Eckpunkte, würde ich einmal so formulieren, die wichtig sind, um Bürgerinnen und Bürger tatsächlich über den formalen Wahlakt und andere Dinge hinaus in die Entscheidung einzubeziehen:

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

Der erste Punkt, der mir einfällt, wäre, dass man die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich ernst nehmen muss, auch den Prozess, den man einleitet, und hier wird durch den Senat ein ganz neuer Prozess eingeleitet. Wir kennen eine ganze Reihe von Prozessen - und ich komme vielleicht ein bisschen öfter als üblich in dieser Rede auf den Agenda-21-Prozess in dieser Stadt zurück -, bei denen Bürgerinnen und Bürger in diesen Beteiligungsprozessen nicht ernst genommen worden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Eckpunkt: Man muss diesen Prozess schon eine Weile durchhalten, und man muss Langfristigkeit anlegen. Ich komme später darauf zurück, dass wir hier ein Problem damit bekommen, dass wir ganz unterschiedliche Beteiligungsprozesse an ganz verschiedenen Stellen in dieser Stadt anschieben und dass nicht wirklich alle bis zum Ende durchgehalten werden. Wir müssen die Prozesse auf allen Ebenen durchbuchstabieren, und auch das ist ein Punkt, der in dem Konzept sicherlich noch verbesserungsfähig ist. Diese Stiftung, so wie sie hier formuliert ist, schafft es meines Erachtens nicht, uns deutlich zu machen, wie die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Bereichen tatsächlich mehr Einfluss bekommen.

Es gibt natürlich auch nicht erst seit diesem Vorschlag Möglichkeiten, dass sich Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt beteiligen. Ich fände es im Sinne der Glaubwürdigkeit nach außen hin ganz wichtig, dass vorhandene Mitbestimmungsmöglichkeiten besser genutzt und nicht abgewehrt werden sollen, nämlich dann, wenn sie möglicherweise auch einmal unbequem werden. Sie haben selbst schon die Beiräte erwähnt, man könnte aber auch Volksbegehren, Volksentscheid und Bürgeranträge nennen. Es gehört dazu, dass man das dann auch an dieser Stelle, wenn es einem vielleicht einmal inhaltlich unbequem wird, ernst nimmt und nicht abwehrt. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sagte schon, das negative Beispiel solcher neuer Prozesse, die aus dem Boden gestampft werden und an denen sich Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Art und Weise beteiligen, ist für mich der Agenda-21-Prozess. Bis zum 6. Juni 1999 wurde er von höchster Stelle in dieser Stadt, von Bürgermeister Scherf, persönlich betreut und begleitet, und es waren Hunderte, die sich in verschiedenen Foren, Arbeitsgruppen mit wirklich unheimlich viel Arbeit auf den Weg gemacht hatten. Ab dem 7. Juni 1999 wurde der Prozess von einem Tag auf den anderen fallen gelassen, und

es hat keine einzige Sitzung des runden Tisches mehr gegeben, und es hat kein einziges Signal seit dieser Zeit gegeben. Es ist immerhin zweieinhalb Jahre her, dass dieses Engagement der Bürger tatsächlich etwas wert gewesen ist!

Wenn man jetzt etwas Neues macht, und ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie das tatsächlich vorhaben, dann muss man zunächst einmal das aufarbeiten und muss den Leuten erklären, dass man es so nicht machen will, sondern dass man es dieses Mal anders machen will. Ich warte noch darauf, dass Sie uns erklären, dass es dieses Mal anders laufen soll!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt nicht nur negative Beispiele in dieser Stadt. Es gibt auch positive Beispiele, auf die man sich beziehen kann und die man heranziehen kann. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, es ist das Programm Wohnen in Nachbarschaften, WiN. Ich glaube, hier ist etwas gelungen, und zwar gerade, weil es kleinteilig, weil es überschaubar, weil es praktisch, weil es für die Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich vor Ort greifbar war, was gemacht werden soll, wie sie sich beteiligen können, wie sie mitgestalten können. WiN ist, wie ich finde, ein hervorragendes Beispiel dafür, dass es auch klappen kann, wenn es richtig angefangen wird, dass die Menschen tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungen bekommen. Insofern haben wir positive und negative Vorbilder. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir von den positiven Beispielen durch Nachahmung und bei den negativen aus den Fehlern lernen.

Wir Grünen haben in diesem Bereich schon lange und immer wieder in diesem Haus und auch außerhalb dieses Hauses konkrete Vorschläge gemacht, zuletzt in einem Antrag vom 6. Juni 2000, den Sie damals abgelehnt haben. Der Sachverhalt, der damals unter der Überschrift „Bürgerbeteiligung stärken“ von uns eingebracht worden ist, beinhaltete auch wieder die Rolle der Beiräte. Hier finden wir nach wie vor, dass die Beiräte eine richtige Reform, statt nur ein Reförmchen für den Sandkasten verdienen. In dieser Stadt steht immer noch aus, dass sie diese Reform tatsächlich bekommen.

Es stehen auch Veränderungen der Landesverfassung mit dem Ziel aus, Bürgeranträge, Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern und damit die direkte Demokratie, die direkte Einflussnahme auf Entscheidungen in dieser Stadt tatsächlich zu verbessern. Es steht der Ausbau der Beteiligungsrechte im Baurecht und in der Stadtplanung aus. Die Bürgergespräche über das

Stadtentwicklungskonzept waren hochinteressant, ich war selbst bei einigen. Es war ein sehr gutes Konzept, das damals noch von Senator Schulte mit Frau Staatsrätin Luther initiiert worden ist. Ich finde aber, dass es sich nicht nachvollziehen lässt, dass Entscheidungen tatsächlich auf Grundlage der Beiträge der Bürgerinnen und Bürger in diesen Stadtentwicklungsgesprächen tatsächlich zustande gekommen sind. Das wäre ja wohl ein Minimum an Anspruch, das wir an diesen Prozess im Sinne der Demokratie haben sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde auch, dass Sie bereits bestehende Gremien wie Heimbeiräte, Elternsprechervertreter, Schülervertreter, Vereinsvertretungen et cetera stärker fördern und zunächst einmal als ganz praktisches Bürgerengagement stärker in den Vordergrund stellen sollten, bevor Sie ständig neue Prozesse initiieren und neue Stiftungen gründen.

Zur Bürgerstiftung und zu dem Konzept im Einzelnen! Ich glaube, dass in dem Konzept des Senats deutlich wird, das der Senat hier heute vorgelegt hat, dass im Senat solche Konzepte immer auch als Teil des Marketings Bremens gesehen werden. Nun ist Marketing heutzutage ein ganz normaler Bestandteil des Geschäftsgebarens, warum soll es nicht Bestandteil von politischem Geschäftsgebaren sein? Dagegen kann man gar nichts haben. Ich glaube aber, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen müssen, dass das Marketing nicht im Vordergrund steht, sondern dass die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen und dass das Marketing vielleicht ein Nebenprodukt dieses Prozesses ist. Ich habe den Verdacht, dass es bei Ihnen teilweise umgekehrt ist.

Sie postulieren in diesem Konzept auch die Trennung vom Staat. Es soll eine Bürgerstiftung sein, die im Wesentlichen auf den Schultern der Bürgerinnen und Bürger selbst ruht. Nun, wie man so hört, soll die ganze Bewegung von einem ehemaligen, von mir allerdings sehr geschätzten Staatsrat des Sozialressorts angeführt werden, ich weiß nicht, ob das dann eher ein Beispiel für Staats- oder eher für Bürgernähe ist, auch wenn sich der entsprechende Staatsrat im Ruhestand befindet. Ich glaube, Sie müssten noch einmal deutlich machen, dass hier wirklich die Bürger an allererster Stelle stehen und dass es nicht um eine verlängerte Werkbank bestimmter Senatsressorts geht, wie wir das sonst auch schon hatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube auch, dass das, was Sie in dem Konzept Trialog oder Triangulierung nennen, dieses dreifache Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern, kein gleichschenkliges Dreieck sein kann. Wenn man sich das optisch so ein bisschen vorstellt, dann kann man es einfach nicht glauben. Es wird einfach nicht deutlich, sondern Sie haben eine ganz dicke Linie auf der einen Seite für Staat und Politik, eine immer noch ganz kräftige der institutionalisierten Verbände und, ich glaube, einen leider immer noch relativ dünnen Strich für das, was 20 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger dann nun hier als Beitrag zu diesem Trialog tatsächlich beitragen können.

Ich glaube, das WiN-Programm hat gezeigt, dass wir sehr praxisnah, stadtteilnah und konkret werden müssen, wenn Menschen, die Beruf, Familie, Engagement in Vereinen und so weiter und jetzt auch noch diese Form des Engagements miteinander verbinden müssen, tatsächlich die Chance haben sollen, dort teilzunehmen. Jede Überzeichnung des Prozesses, jeden Anspruch, der dort viel zu hoch ist, können natürlich wieder nur institutionalisierte Vertreter, Politiker und Verwaltung einlösen, weil es die normalen Bürger dann überhaupt nicht schaffen, hier mitzuhalten und tatsächlich diesem Prozess einen eigenen Stempel aufzudrücken.

Sie sehen, wir finden das Ziel, die Verwandlung Bremens in eine Bürgerstadt, sehr notwendig. Wir finden auch Ihr Eingeständnis, dass wir noch keine Bürgerstadt sind, sondern dies erst werden müssen, vollständig richtig. Wir haben eigene Vorschläge dazu gemacht. Ich fände es gut, wenn Sie uns hier noch einmal erläutern, dass nun ausgerechnet diese neue Stiftung, dieser neue Prozess, der nun wieder begonnen werden soll in seiner ganzen Komplexität, wie es diese 15 Seiten hier ausdrücken, wirklich so genannte einfache Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt in die Lage versetzt, tatsächlich gleichberechtigt mit Politik und Verwaltung mitzuziehen.

Ich glaube nach wie vor, dass dies sehr schwer zu vermitteln sein wird und dass Sie besser daran getan hätten, zunächst einmal die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, zunächst einmal die bestehenden Institutionen weiterzuentwickeln und zu fördern, wie die Vereine und die vielen Gremien, die es schon gibt, um dann vielleicht plausibel noch einen zusätzlichen Akzent zu setzen. Dieser komplexe neue Prozess, den Sie hier starten, trägt immer noch den Geruch dessen, dass Sie nun auch im Sozialbereich, ähnlich wie im Wirtschaftsbereich, mit der Fülle der Stiftungen und der privatisierten neuen Einrichtungen und

Prozesse lediglich die Ziele des Staates mit anderen Mitteln durchsetzen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ziele, die die Grünen und auch die anderen Fraktionen hier vertreten, sind ja deutlich geworden. Herr Dr. Güldner, ich finde aber, an einer Stelle ist Ihre Argumentation aus meiner Sicht nicht stringent gewesen, und zwar, dass Sie gesagt haben, dass wir auf der einen Seite mit diesem Konzept zu wenig die individuellen Bürgerinteressen verfolgen. Sie haben gesagt, die Triangel würde nicht gleichschenklig werden. Auf der anderen Seite haben Sie aber gesagt, wir sollen auf jeden Fall erst einmal die bestehenden Verbände und Vereine fördern. Ich glaube, dass wir genau in der Frage hier versuchen, das eine zu tun ohne das andere zu lassen. Ich will das an den konkreten Stellen noch einmal erläutern.

Das Projekt Aktive Bürgerstadt Bremen ist für die SPD ein sehr richtiges und wichtiges Projekt, aber man muss vorab ganz deutlich sagen, es ist kein Ersatz, sondern es ist eine Ergänzung zu den gewährleistenden staatlichen Aufgaben, die wir auch weiterhin zu erfüllen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel, das wir hier in der Stadt haben, ist, dass wir die schlummernden Kräfte der Menschen, die hier in der Stadt wohnen, versuchen, besser zu entfalten, als uns das bisher gelungen ist. Die Perspektive, das muss man natürlich ganz klar sagen, ist, dass bestimmte Notwendigkeiten gesellschaftlichen Handelns in Zukunft nicht einfach darauf reduziert werden können, dass man staatliche Transferleistungen fordert, sondern natürlich wollen wir, dass wir eine Struktur schaffen, die auch über staatliche Transferleistungen hinaus eine gewisse sozialstaatliche Tragfähigkeit hat. Wir wollen neue Potentiale ausschöpfen, und das heißt, dass wir Aufgaben, Verantwortlichkeiten und auch Entscheidungskompetenz weiter nach unten verlagern wollen, wenngleich ich jetzt nicht auf die ganzen Argumente von Herrn Dr. Güldner noch einmal eingehen möchte, die sind hier im Parlament schon oft genug geäußert worden. Das ist aber für uns genau das Ziel, stärker lokale Beteiligungsmöglichkeiten einzubeziehen, und das heißt für uns, den Bürger ernst zu nehmen. Den Vorwurf, dass wir die Bürger nicht ernst nehmen würden, weise ich an dieser Stelle zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ehrenamt und freiwilliges Engagement bedeuten für uns Partizipation und Teilhabe und sind deswegen ein elementar wichtiger Bestandteil, den wir unterstützen müssen. Das hat einen ganz erheblichen integrierenden Aspekt, und den sollten wir nicht unterschätzen. Es geht darum, dass wir auf diesem Weg Werte vermitteln können. Wir haben bisher keine anderen Möglichkeiten, wie wir das in so produktiver Weise machen können, wie dadurch, dass wir Menschen dafür begeistern, sich hier auch zu engagieren.

Es geht um zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, und die müssen mit diesem Konzept geschaffen werden. Dabei haben sich alle zu überlegen, welche Aufgaben sie zusätzlich zu erfüllen haben beziehungsweise, welche Arbeit noch vor ihnen liegt. Das heißt für uns als Politiker, wir müssen uns überlegen, welche Art von Verantwortung wir stärker abgeben können und wie wir genau organisieren, das, was wir an Verantwortung haben, stärker an den Bürger heranzutragen.

Die Verwaltung wird sich fragen müssen, wie sie Transparenz, Beteiligung und auch mehr Dienstleistungsqualität für die Menschen schaffen kann, so dass die großen Barrieren, die man an einigen Stellen auch heute noch erleben kann, abgebaut werden können. Die Bürger müssen sich Gedanken darüber machen, in welcher Weise sie sich zukünftig noch stärker einbringen können als bisher schon, wenngleich man natürlich auch noch einmal deutlich machen muss, dass es jetzt schon sehr viele Leute gibt, die sich einbringen. Das haben Sie, Herr Dr. Güldner, ja auch schon gesagt!

Die Aufgaben, die da anstehen, sind vielfältig. Wir müssen Vernetzung leisten, um bei dem, was es konkret schon gibt, eine bessere Zusammenarbeit hinzubekommen. Wir müssen eine stärkere Praxisorientierung im Hinblick auf solches Engagement von Seiten der Verwaltung einfordern und durchsetzen. Es geht um eine Qualifizierungsmöglichkeit für die, die sich engagieren. Wir müssen nachvollziehbare Beteiligungsstrukturen schaffen. Wir müssen auch eine stärkere Projektorientierung hinbekommen, weil das einfach im Hinblick auf ehrenamtliches und freiwilliges Engagement zeitgemäß ist. Wir müssen die Öffentlichkeitsarbeit verbessern, und wir müssen auch modellhaft Versuche gewährleisten. Darum geht es genau!

Wir können nicht nur einfach sagen, Herr Dr. Güldner, dass wir bestimmte Prozesse haben, einige davon sind gut gelaufen, andere sind nicht so gut gelaufen - das ist so, das gebe ich auch offen zu -, sondern wir müssen diesen Prozess weiter treiben. Wir müssen dabei das eine tun, nämlich das, was bisher schon funktioniert, muss auch

weiterhin verstärkt werden. Wir müssen aber auch modellhaft bestimmte Dinge weiterentwickeln.

Ich erinnere jetzt einfach nur einmal an das Viertelparlament. Das war sozusagen auch nur eine Struktur, die es vorher nicht gab. Das war ein modellhafter Versuch, und ich finde, das war ein sehr erfreulicher Versuch. Wenn man sich jetzt einmal anschaut, was da los ist, dann finde ich, das war ein voller Erfolg. Das gibt doch eigentlich Mut, dass man modellhaft andere Dinge entwickelt.

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Von unten gewachsen, genau! Aber die Verwaltung hat natürlich auch eine ganze Menge gemacht, die Politik auch, und wenn sich dann alle Hand in Hand bemüht haben, ist doch auch wirklich etwas ganz Tolles daraus geworden. Ich bin richtig begeistert und gehe immer noch hin und sehe, dass dieses Projekt immer noch sehr gut trägt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich diese Vorlage ansieht - ich weiß gar nicht, wie viele Seiten sie hat, ungefähr 15 -, dann muss man natürlich schon ganz offen sagen: Grau ist alle Theorie und wichtig ist am Ende auf dem Platz! Entscheidende Sachen, die konkret in Handeln umgesetzt werden sollen, sind hier auf ungefähr zwei oder zweieinhalb Seiten, und das sind eben die ersten Schritte. Ich gebe gern zu, dass das zunächst bescheidene Schritte sind, die einen Prozess beginnen sollen. Ich möchte das hier auch noch nicht als einen Erfolg darstellen, sondern es ist wirklich ein Bericht des Senats, dass er einen bestimmten Prozess ansteuern will.

Das ist zum einen der Dialog! Ich teile Ihre Skepsis nicht, sondern sehe hier eben eher die Ressourcen, die da innewohnen. Man kann nämlich sagen, das Neue daran ist doch, dass wir ganz gezielt die verschiedenen Strukturen animieren wollen, dass wir schon Politik und Verwaltung als ein Segment begreifen und die institutionalisierten Verbände auf der anderen Seite, aber dass wir die individuellen Bürger als eine relevante Größe hier berücksichtigen und daran arbeiten wollen, dass diese Interessen sich auch entwickeln können. Dass sie dafür Unterstützung erlangen, finde ich, ist schon einmal eine ganz neue Denkweise, die auch förderlich sein wird. Für diesen Prozess müssen wir Unterstützung leisten, so wird es ja hier auch dargestellt, und ich halte das für sehr sinnvoll.

Das Ziel ist, dass wir die bestehenden Vorstellungen zum Ausdruck bringen müssen, die wir in

dem Projekt Aktive Bürgerstadt beschrieben haben. Wenn wir uns dann noch einmal ansehen, welche Aufgaben diese Bürgerstiftung hat, so ist es doch ein vergleichsweise bescheidener Versuch, nämlich dass wir bei einer Summe von 400.000 DM und weiteren Summen, die dann im Rahmen von matching found, in dem Sinne, dass für jede bezahlte Spendenmark dann der Senat noch einmal eine DM darauf legt, gesammelt werden, hier eine Stiftung haben, die bestimmte Projekte unterstützen soll.

Es ist doch nicht so, dass die Stiftung, Herr Dr. Güldner, sich den Anspruch erlaubt, hier völlig neue Prozesse in Gang zu setzen, die es vorher nie gegeben hat. Das steht hierin so auch gar nicht, sondern darin steht, dass die Stiftung zuallererst das Ziel hat, bestehende Strukturen und das, was sich vielleicht auch im Rahmen des Dialogs entwickelt, zu bündeln und ganz gezielt Fördermöglichkeiten zu schaffen. Dafür, glaube ich, ist die Stiftung ein probates Mittel.

Diese Vorlage beschreibt erste konkrete Schritte, und ich habe die Hoffnung, dass sich aus diesen kleinen Projekten, genau wie wir das bisher schon bei anderen kleinen Projekten gehabt haben, ein Prozess entwickelt, der den Charakter eines Schneeballeffekts hat. Ich hoffe, dass es sich um eine Initialzündung handelt, so dass wir in einigen Jahren sagen können, wir haben mit dem Projekt der Aktiven Bürgerstadt Bremen richtig etwas geschafft. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

(Abg. Kleen [SPD]: Der war doch schon!)

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Ich darf aber noch einmal!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Du darfst sogar dreimal!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pietrzok, ich meine, es ist solch ein spannendes Thema, dass ich es eigentlich gut finde, dass der Senat in seiner Mitteilung an die Bürgerschaft dieses Ziel so ausführlich beschrieben hat, aber auch die Wege, die dorthin führen. Wir, die wir fast täglich in diesem Bereich arbeiten, kennen all die Wurzeln, die es schon gibt. Ich bin mir aber nicht sicher, dass all unsere Kolleginnen und Kollegen diese zarten Pflanzen kennen und wissen, wie so etwas läuft, wie es gehegt und gepflegt werden muss. Deswegen bin ich außerordentlich zufried-

den und dankbar, dass das in so umfangreicher Breite hier dargestellt worden ist.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Herr Dr. Güldner, Agenda! Ich habe mich da nicht engagiert, ich hatte andere Aufgaben und dafür keine Zeit mehr! Vielleicht waren die Forderungen zu grenzenlos, und ich finde, Bürgerengagement muss auch realisierbar sein. Es muss umsetzbar sein, es kann nicht zu fantastisch werden, dann ist es von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie können doch Herrn Dr. Scherf nicht Fantastik vorwerfen, Herr Oppermann!)

Ich habe doch gesagt, ich habe mich damit im Wesentlichen nicht beschäftigt. Ich würde Herrn Dr. Scherf gar nichts vorwerfen, vielleicht bei anderen Gelegenheiten!

Meine Damen und Herren, ich will doch noch ein bisschen auf das Bürgerengagement eingehen. Was können wir machen, um Bürgerengagement in Bremen zu fördern? Neben einem engagementfreundlichen Klima müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich das Engagement auf das Ziel konzentrieren kann und dass nicht jemand, der eine Idee hat, der Nachbarn und Freunde findet und etwas umsetzen will, schon bei der Behandlung von Anträgen und Behördengängen verzweifelt und sich sagt: Nein, dann setze ich mich doch lieber wieder an den Stammtisch, das war vielleicht eine ganz gute Idee, aber das mache ich nicht, das ist mir einfach zu viel Bürokratie, die ich vorher überwinden muss, bevor ich mich intensiv mit dem Ziel beschäftigen kann!

Ich habe mit einigen Kollegen zusammen vor 20 Jahren einen Verein gegründet, wir veranstalten einmal im Jahr ein Zeltlager, einige Kollegen in der CDU-Fraktion kennen das. Die Papierkriege, die wir vorher bewältigen mussten, würden eine volle Kraft mindestens ein oder zwei Wochen vor dem Zeltlager beschäftigen, und das müsste eigentlich vereinfacht werden. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man in solch einem Zusammenhang, das ist jetzt eine spontane Idee von mir, kleine Anlaufstationen hat, in denen man Leuten, die einen Gedankenblitz bekommen haben, sagt, wie sie das umsetzen können.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Wozu haben wir eigentlich die Verwaltung?)

Ja, aber wer weiß denn schon, zu welcher Verwaltung er muss, dass man irgendwohin gehen und sagen kann, ich habe da eine Idee, können Sie mir einmal helfen, oder können Sie mich einmal

beraten, wie ich mit dieser Idee weiter umgehen kann!

Alle anderen Punkte haben Sie bei der Freiwilligen-Debatte hier im Haus schon angerissen, wie wichtig und wie gut das ist, neu ist jedoch, und das ist eine neue Qualität, die in der Vorlage des Senats steht, ich zitiere: „Die Engagierten sind bei ihrer Tätigkeit materiell abzusichern durch Erstattung der Auslagen, Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherungen, Bereitstellung der benötigten Arbeitsmittel.“ Solch eine deutliche Aussage haben wir in der ganzen Ehrenamt-, Freiwilligen- und Engagement-Debatte noch nicht gehabt!

Meine Damen und Herren, das gibt es nicht zum Nulltarif, das kostet Geld! Da sollten wir keine allzu großen Hoffnungen wecken, wenn ich auf unsere besorgten Haushälter bei den Fraktionen sehe, weiß ich nicht, wie viel Geld sie da zur Verfügung stellen müssen.

Es muss irgendwie kontrolliert werden, wenn man dem Bürger dann Geld gibt, wenn er sich engagiert, und da habe ich ein bisschen Angst, dass ein Kontrollapparat schon wieder viel zu viel Geld an sich verbraucht. Ich würde da ein vereinfachtes Verfahren empfehlen, wie es bei der Daniel-Schnakenberg-Stiftung angewandt wird: Den Institutionen, die die Maßnahmen durchführen, wird ein gewisses Vertrauen entgegengebracht, und es wird nur stichprobenartig kontrolliert, ob das Geld auch sinnvoll verwendet wird.

Mit einem Trialog will sich Bremen nun auf den Weg zur Bürgerstadt machen. Im Verlauf des Trialogs wird sich die Verwaltung verändern. Im Laufe des Trialogs wird sich die Politik verändern. Im Laufe des Trialogs werden sich aber auch die Bürgerinnen und Bürger verändern. Die Verwaltung - und dabei sind wir doch, es ist doch nicht so, als wenn wir jetzt neu anfangen, wir sind doch schon dabei! - muss noch kundenorientierter werden, sie muss andere Öffnungszeiten haben, sonst geht das alles nicht. Es muss auch alles durchschaubarer sein. Die Politik muss Entscheidungsebenen dichter an die Bürgerinnen und Bürger heranbringen. Wir sollten bei einigen Dingen nur noch Rahmen setzen, die Mittel zur Verfügung stellen, und die betroffenen Gruppen entscheiden in eigener Verantwortung. Die Politik muss dann auch lernen, auf Entscheidungen zu verzichten, aber dabei natürlich auch die gesetzlich gegebenen Grenzen zu kontrollieren und einzuhalten.

Um zu dieser neuen Form der Beteiligung und Entscheidung zu kommen, sollten sich gleichgesinnte Gruppen in Foren zusammenraufen, ein Bürgerforum, ein Forum aus Verbänden und Initia-

tiven, ein Forum aus Politik und Verwaltung, das ist schon dargestellt worden. Die CDU-Fraktion hält diesen vorgeschlagenen Weg für notwendig und auch machbar.

Eine Diskussions- und Streitkultur ist in dieser Stadt unzweifelhaft vorhanden. Wichtige Personen werden die Moderatoren sein, die diese Foren leiten. Das müssen, wie man so im Norden sagt, gestandene Persönlichkeiten sein, die den Diskutanten in den Foren auch Grenzen aufzeigen, zeigen, wo es um gesetzliche Vorgaben geht, wo man nicht weiter kann. Es wäre für mich schon interessant, wenn der Staatsrat in seiner Erwiderung darauf eingeht, ob man sich schon Gedanken um Personen gemacht hat, eine bestimmte Person ist ja hier genannt worden. Ich finde, das müssen Frauen und Männer sein, die auch einen guten fachlichen Ruf in dem Bereich haben, in dem sie dann das Forum leiten sollen.

Der Zeitplan, der im Bericht des Senats enthalten ist, erscheint mir sehr eng, aber es spricht etwas für einen engen Zeitplan, damit die gute Idee Bürgerstadt nicht zerredet werden kann. Wir müssen anfangen und nicht so lange darüber reden, sondern uns auf den Weg machen! Wir, als CDU, wollen das spannende Abenteuer wagen und sagen dem Senat unsere Unterstützung zu, wir werden aber auch ein wachsames Auge auf die nächsten Schritte haben.

Machen wir uns nichts vor, wenn wir diesen Bericht des Senats zur Kenntnis nehmen, treten wir einen langen und beschwerlichen Weg an, der das Ziel hat: Bürgerstadt! Das Ziel Bürgerstadt wird oftmals verdeckt sein, auf dem Weg wird es Verlierer und Zweifler geben. Es muss dafür gesorgt werden, dass diese Menschen wieder aufgebaut werden. Es kann nicht der Sinn einer Sache sein, dass wir Neues anpacken und viele Enttäuschungen zurücklassen, sondern wir müssen begeisterte Bürger zu diesem Ziel mitnehmen.

Die Stadt wird sich nicht von heute auf morgen verändern, aber es lohnt sich, diesen Weg zu gehen, damit Bremen liebenswert bleibt und die Zufriedenheit seiner Bürgerinnen und Bürger wächst. Damit würde auch durch mehr Transparenz die Zufriedenheit mit der Politik, von der wir immer zu sagen pflegen, wir machen sie für die Bürger, deutlich wachsen.

Meine Damen und Herren, der Weg kann beschritten werden, Veränderungen wird es geben. Es kann keine Basisdemokratie geben, in der über alles und in jedem Viertel stunden- oder tagelang diskutiert und abgestimmt und dann gegeneinander und noch einmal abgestimmt wird. Dieses Haus ist dazu legitimiert, im Interesse der Stadt

auch dieser Bewegung, dieser Idee Grenzen zu setzen. Wir sind doch schon auf dem Weg, wir haben mit dieser Diskussion schon angefangen.

Ich möchte nur an das Vorgehen in der kleinräumigen Jugendhilfeplanung erinnern, dort sind alle beteiligt worden, die Planung von Spielplätzen durch den Verein Spiellandschaft Bremen ist doch ein gutes Beispiel, dass Verwaltung einen ganzen Bereich herausgegeben hat und einen Verein gewähren lässt. Das soll sogar, so wird uns immer gesagt, für uns auch noch günstiger werden.

Wenn wir solche Dinge in der nächsten Zukunft im verstärkten Maße machen, aus der Verwaltung mehr in die Verantwortung der Bürger geben, dann ist mir darum nicht bange. Ich würde dann aber gern noch etwas vom Staatsrat zur Stiftung hören, eine weitere Vorstellung, und zu den Moderatoren. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Knigge.

**Staatsrat Dr. Knigge:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass eine große Einigkeit hier in der Zielsetzung dieser Vorlage festzustellen ist. Aktive Bürgerstadt Bremen stößt auf breite Zustimmung, das ist sehr erfreulich. Auch wenn der Weg noch unterschiedlich bewertet wird, ist es, glaube ich, eine wichtige Ausgangsvoraussetzung. Ich glaube ohnehin, dass Bremen exzellente Voraussetzungen mitbringt, um sich auf diesen Weg zu einer aktiven Bürgerstadt zu begeben und dieses Ziel mit ganz konkreten Formen des zusätzlichen bürgerschaftlichen Engagements auch zu verstärken.

Bürgerschaftliches Engagement hat in Bremen historisch und traditionell schon immer einen sehr breiten Raum eingenommen. Wir alle kennen die historischen Beispiele, wir kennen aber auch die aktuellen Auszeichnungen, die Bremen mit seinem bürgerschaftlichen Engagement und mit den Darstellungsmöglichkeiten hier vor einigen Jahren bekommen hat.

Ich möchte noch einmal an den Preis erinnern, den Bremen von der Bertelsmann-Stiftung für die zweitbürgerorientierteste Kommune der Bundesrepublik Deutschland bekommen hat. Das ist nicht alltäglich, sondern dies ist hart erarbeitet worden, ein Ergebnis eines jahrzehntelangen, wenn nicht sogar längerem bürgerschaftlichen Engagements, auf das wir, glaube ich, alle sehr stolz sein können.

(Beifall bei der SPD)

Die Förderung von Bürgerengagement hat, wie gesagt, eine breite Tradition auf allen Feldern, ob im Kulturbereich, Sportbereich oder im sozialpolitischen Bereich. Für das Sozialressort verweise ich nur auf die sehr breite Selbsthilfeförderung, die wir in Bremen schon seit Jahren traditionell praktizieren. Ich verweise auf die vielen Selbsthilfegruppen, die sich unter dem Dach des Bremer Topfes zusammengeschlossen haben. Ich hatte erst in der vorletzten Woche die angenehme Freude, den Selbsthilfetag zu eröffnen, und ich konnte mich vor Ort in der unteren Rathaushalle noch einmal davon überzeugen, wie dieser Selbsthilfedanke in Bremen gelebt und praktiziert wird. Oder ich verweise auf die Freiwilligenarbeit, die in Bremen geleistet wird, die sehr aktiv und, ich finde, auch sehr konstruktiv von der Freiwilligen-Agentur begleitet wird - eine Einrichtung, um die uns viele beneiden -, die hier wichtige Anstöße für Freiwilligenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern gibt.

Wir sagen in der Vorlage des Senats aber, wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Wir wollen einen neuen Anlauf unternehmen, um das bürgerschaftliche Engagement noch breiter in der Bevölkerung zu verankern, noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Es wird in den letzten Monaten und Jahren verstärkt auch über die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern zur Politik und Verwaltung, wie ich finde, zu Recht diskutiert. Es wird auch zu Recht nach Lösungen gesucht. Wer diese Distanz beklagt, der muss auch Lösungen anbieten. Wir machen hier ein Angebot, wie wir diese Distanz überwinden.

Ich sage auch deutlich, dies ist nicht der alleinige Weg, selbstverständlich nicht! Es ist ein weiteres Pflänzchen, das wir sorgfältig bewässern wollen. Es kann aber nicht das einzige Instrument sein, wie wir eine Distanz zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik überwinden, sondern dies ist eine zusätzliche Anstrengung, die wir gemeinsam bewältigen wollen.

Diese zusätzliche Anstrengung kann natürlich nur dann Erfolg haben, wenn sie breit verankert und mitgetragen wird, auch von der Politik, auch von der Verwaltung, aber natürlich auch von den Bürgerinnen und Bürgern. Es wurde ja bereits darauf hingewiesen, wir müssen da, glaube ich, alle auch ein Stückchen umdenken, Verwaltung, Politik und auch Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn wir uns gemeinsam als Teil dieser neuen Bewegung, dieser notwendigen, zusätzlichen Bewegung zu mehr bürgerschaftlichem Engagement verstehen, dann wird dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein.

Wir haben ein Verfahren entwickelt, das wir anbieten. Mit diesem Trialogverfahren wollen wir uns auch an positiven Beispielen orientieren. Herr

Güldner, wir wollen erfolgsorientiert herangehen und keineswegs misserfolgsorientiert. Sicherlich müssen wir auch aus Erfahrungen der Vergangenheit lernen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was haben Sie denn gelernt?)

Ich sage das deutlich: Ich habe auch mitbekommen, dass aus früheren Versuchen Frust zurückgeblieben ist. Daraus müssen wir lernen. Wir müssen natürlich auch mit unbequemen Diskussionen und Vorschlägen umzugehen lernen. Wir müssen uns darauf einlassen, auch wenn es un bequem für uns alle sein mag, für die Politik genauso wie für die Verwaltung.

Natürlich, auch das unterstreiche ich, müssen wir das ernst nehmen, was in diesem Trialogverfahren entwickelt wird. Wir dürfen nicht zu viele Vorgaben in diesen Prozess einbringen, sondern wir müssen auch zuhören können. Dialogverfahren heißt nicht, Vorgaben machen und diese umsetzen, und es heißt auf keinen Fall, eine neue staatliche Veranstaltung nur im privaten Gewand oder im Stiftungsgewand hier organisieren. So stelle ich mir ein bürgerschaftliches Engagement und eine aktive Bürgerstadt nicht vor. Es ist keine Fortsetzung staatlicher Maßnahmen oder staatlicher Politik mit anderen Mitteln.

Ich glaube, wenn wir das Trialogverfahren geschickt und sehr breit anlegen, dann kann daraus eine sehr spannende und wichtige Veranstaltung werden, die befruchtend für viele Prozesse in der Stadt wirkt. Ich erhoffe mir vor allem eine befruchtende Wirkung für die Arbeit der Beiräte in dieser Stadt. Ich bin sehr froh, vor kurzem habe ich auch interessante Gespräche mit Beiratsmitgliedern darüber geführt, dass sehr viele Beiratsmitglieder dies auch als neue Chance begreifen, ihre Arbeit positiver anzulegen und näher an den Bürger heranzubringen, auch mehr von den Bürgern aufzunehmen und über die örtliche Politik, über die Beiratsarbeit mehr Einfluss zu gewinnen.

Die positiven Beispiele, die wir in der Vergangenheit entwickelt haben, Stichwort WiN, sind ja hier schon genannt worden. Ich glaube, wenn wir ähnlich sinnvolle Projekte auch mit der entsprechenden regionalen Anbindung entwickeln können, dann wird dies eine Initialzündung für die Arbeit der Beiräte sein können. Gerade wenn wir uns aufmachen, hier ein neues Verständnis von Verwaltungsdienstleistungen zu fördern, Stichwort lokale Dienstleistungszentren, was auch zu einer Veränderung der Ortsamtstätigkeiten und der Beiratsbegleitung führen wird, dann sind wir, glaube ich, auch gut beraten, uns Gedanken zu machen, wie die Beiratsarbeit künftig aussehen soll. Hier ist



ein Feld und ein konkreter Ansatzpunkt, die, glaube ich, eine große Chance für uns alle bieten.

Natürlich muss man einen solchen Prozess organisieren. Ich glaube, man kann diesen Prozess nicht sich selbst überlassen. Unser Vorschlag zur Organisation dieses Prozesses ist die Bürgerstiftung. Die Bürgerstiftung soll nicht nur dieses Triologverfahren organisieren, sondern sie soll auch die Vorschläge und alles, was danach folgt, die eigentlichen Aufgabenstellungen der dann aktiven Bürgerstadt Bremen aufnehmen und umsetzen. Darunter kann man sich sehr viel vorstellen. Es gibt erste Ideen, aber wir sollten vielleicht nicht jetzt schon zu viel vorgeben. Es gibt aber erste Ideen, die wir in der Vorlage auch erwähnt haben, einen Markt der Möglichkeiten zu organisieren, um hier Anregungen zu geben, um positive Beispiele zu setzen. Es gibt die Idee, dass man jährlich einen Preis für Bürgerengagement ausloben könnte, um immer wieder positive Beispiele zu setzen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie die Initiative „Ibrahim soll bleiben“!)

Eine Konkurrenz zu bestehenden Initiativen, Vereinen und Engagements darf nicht auftreten, keinesfalls in der Weise, dass man bestehendes Engagement zurückfährt. Was Sie genannt haben, Herr Güldner, das findet natürlich nach wie vor, und ich glaube, da stimmen wir alle überein, unsere vollste Unterstützung. Wir wären ja, ich sage einmal salopp, verrückt, wenn wir bestehendes Engagement in vielfältigster Form hier zurückschrauben wollten. Nein, wir wollen es ergänzen! Wir wollen zusätzliche Anstrengungen organisieren. Das, was Eltern in Initiativen machen, das, was Schüler oder andere organisieren, oder der Umweltbereich, das soll nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Wie sieht nun der ganz konkrete Prozess aus? Hier sind auch noch konkrete Fragen gestellt worden. Herr Oppermann, darüber werden wir sehr sorgfältig nachdenken. Wir sind mitten in diesem Denkprozess, aber ich sage einmal, ich orientiere mich gern an positiven Beispielen auch in der Moderation. Ich verfolge schon seit Jahren auf Bundesebene eine sehr positive Arbeit der Stiftung Mitarbeit, die regelmäßig über ihre vielfältigen Engagements auch regionaler Art berichtet. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass wir hier mit der Stiftung Mitarbeit und ihren sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer sinnvollen und konstruktiven Zusammenarbeit kommen. Vielleicht kann ja auch so etwas wie Moderation über diese Stiftung dabei herauskommen.

Was den allseits geschätzten Kollegen betrifft, da ist es sicherlich kein Geheimnis, dass die Vorlage, die wir hier heute debattieren, ganz stark von ihm persönlich beeinflusst worden und sein Herzblut in diese Vorlage eingeflossen ist. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, auch solches Engagement in die weitere Arbeit der Stiftung einzubinden. Ich freue mich persönlich darauf, wenn solches Engagement hier zum Ausdruck gebracht und auch angeboten wird.

Ich sage zum Schluss aber noch einmal, dies ist keine staatliche Veranstaltung. Dies ist keine Veranstaltung der Verwaltung allein. Diese Veranstaltung kann nur Erfolg haben, wenn wir gemeinsam daran gehen, diese Bürgerstadt Bremen mit Leben zu erfüllen, wenn wir gemeinsam daran gehen, sie konstruktiv zu begleiten. Dazu möchte ich Sie ganz herzlich einladen! Dann werden wir auch Erfolg haben, da bin ich ganz optimistisch. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/358 S Kenntnis.

**Bremer Straßenbahn AG**  
**Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG**  
 Mitteilung des Senats vom 4. September 2001  
 (Drucksache 15/359 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, dass wir heute über einen Kontrakt sprechen können, der von allen Beteiligten im breiten Konsens getragen wird, und das, obwohl man sagen muss, dass die jeweiligen Interessen der Kontraktpartner, sei es die Stadtgemeinde Bremen, sei es die BSAG, sei es die ÖTV, sei es der Betriebsrat, nicht naturgemäß und von vornherein immer gleich identisch sein müssen. Umso bemerkens-

werter ist diese Leistung, weil dieses Ergebnis zudem vor einem unternehmenspolitisch ungemein schwierigen Hintergrund erreicht worden ist. Das Ziel war ja nicht geringer, als künftig mehr Leistung des ÖPNV für weniger öffentliches Geld anzubieten.

Lassen Sie mich ganz kurz die Ausgangssituation in Erinnerung rufen! Als der Senat vor zwei Jahren eine Arbeitsgruppe zur Umstrukturierung der BSAG ins Leben gerufen hat, lag dem ein Gutachten zugrunde, das die damalige Situation der BSAG sehr kritisch beschrieben hat. Beschrieben wurden vergleichsweise schlechte Produktivität und Wirtschaftlichkeit, zu hohe Personalkosten und infolge dieser Situation ausgesprochen schlechte Startbedingungen für einen künftig gerade im Nahverkehrsmarkt auszuhaltenden Wettbewerb. Eine schwierige Situation also! Komplettiert wurde die schwierige Situation durch die klare Absicht der Stadtgemeinde, die jährlichen Überweisungen an die BSAG schrittweise, aber drastisch zurückzufahren. Ich denke, dies muss man alles im Kopf haben, wenn man richtig würdigen will, welches hervorragendes Ergebnis und damit auch welche sehr gute Perspektive am Ende dieses schwierigen, aber konstruktiven Diskussionsprozesses steht.

Der Kontrakt, über den wir heute sprechen, schafft der BSAG eine klare unternehmenspolitische Perspektive als regionalen Mobilitätsanbieter. Damit kann die BSAG sich der Herausforderung stellen, noch mehr öffentlichen Personennahverkehr in einem größeren Einzugsbereich, also über Bremens Grenzen hinaus, zu organisieren. Das heißt, das bestehende kundenorientierte Angebot kann weiterentwickelt werden, das bestehende Schienennetz in Bremen, aber auch in der Region, kann weiter ausgebaut werden. Der sich immer deutlicher abzeichnende Wettbewerb kann mit einer offensiven Strategie angegangen werden. Die Grundlagen dafür sind mit den Unterschriften aller Beteiligten unter dem Kontrakt jetzt gegeben. Ich will die wichtigsten Vereinbarungen nur ganz kurz skizzieren. Sie liegen Ihnen ja alle vor.

Erstens: Die BSAG stellt ihre Dienstleistung für den ÖPNV in Bremen auf der Grundlage des Fahrplanangebots der Jahre 2000/2001 sicher und senkt den Verlust schrittweise von 170 Millionen DM im Jahr 1999 auf 138 Millionen DM ab. Noch einmal im Klartext: Die BSAG wird die gleiche Leistung liefern, aber dabei 32 Millionen DM sparen!

Zweitens: Die Stadtgemeinde steht dem weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes, also dem Zielnetz 2010, positiv gegenüber, vorausgesetzt natürlich, dass dies regionalwirtschaftlich und ver-

kehrlich jeweils Sinn macht und sich nicht nachteilig auf das Ergebnis der BSAG auswirkt.

Drittens: Die BSAG wird weitere kosten senkende und die Produktivität steigernde Schritte zur Verbesserung der Wettbewerbssituation unternehmen.

Viertens: Die Kontraktpartner sind sich einig, dass die Bereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, an den Kostensenkungsmaßnahmen mitzuwirken, mit flankierenden Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze ausgeglichen werden muss. Der Tarifabschluss vom Juni 2000 trägt diesem Ziel bereits Rechnung.

Fünftens: Auch dies muss gesagt werden, die Kontraktpartner begrüßen einhellig den Beschluss des Bundesrates, der den Bund auffordert, sich auf EU-Ebene für die Schaffung von gesetzlichen Regelungen einzusetzen, die faire Wettbewerbsbedingungen sichern und die insbesondere die Qualität von Umwelt- und Sozialstandards bei künftigen gesetzlichen Regelungen wahren sollen.

Dies ist ein von den Kontraktpartnern gemeinschaftlich unterschriebener Text, und insofern, denke ich, auch wichtig für eine Debatte, die wir hier in anderen Zusammenhängen geführt haben. Es war aber auch wichtig für diese Kontraktfindung mit den Partnern, über die ich eben gesprochen habe.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir stimmen darin überein, dass das Ergebnis, das Ihnen heute vorliegt, eine richtige, eine gute Weichenstellung für die Zukunft der BSAG ist. Wir haben damit eine Voraussetzung geschaffen, dass sich das Unternehmen weiter stärkt und somit im Konkurrenzkampf auf dem Mobilitätsmarkt eine wichtige Rolle spielt. Ich denke, wir sind uns auch alle darüber einig, welche unschätzbare wichtige Zukunftsaufgabe es für unsere Stadt ist, den öffentlichen Personennahverkehr weiter voranzubringen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei allen bedanken, die dieses hervorragende Ergebnis möglich gemacht haben, beim Aufsichtsrat des Unternehmens, beim Vorstand der BSAG und besonders auch bei den Beschäftigten, dem Betriebsrat und den Gewerkschaften. Ich denke, ein solches Ergebnis ist nur zu erreichen, wenn man sich trotz aller unterschiedlicher Rollen, die einzunehmen sind, im Ziel einig ist, im Ziel, den Bremerinnen und Bremern einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr zu bieten, ohne die Finanzierungsmöglichkeit der öffentlichen Hand zu überfordern. Dies ist gelungen, und ich danke al-

len noch einmal, dass sie dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In wesentlichen Zügen hat ja Frau Senatorin Wischer eben schon den Gegenstand dieses Kontraktes dargestellt. Ich möchte noch einmal die Gelegenheit ergreifen, auch für meine Fraktion klarzustellen, dass es, glaube ich, etwas ganz Besonderes ist, was hier passiert ist. Mit diesem Kontrakt geht es nicht nur darum, den Verlustausgleich zu reduzieren, das heißt die haushaltmäßige Belastung der Stadtgemeinde, was ÖPNV angeht für die Zukunft, hier gibt es eine drastische Reduzierung von 170 auf 138 Millionen DM, ungeachtet dessen, wie sich etwaige Kostenstrukturen entwickeln. Ich denke, das ist schon eine ganz enorme Anstrengung.

Obendrein geht es hier aber dabei vor allem auch darum, und das hat Frau Wischer eben auch erwähnt, dass eine qualitative Verbesserung der Bremer Straßenbahn AG, eine Zukunftsorientierung dieses Unternehmens mit gleichzeitiger Einsparung einhergeht, und das, denke ich, ist ein Beitrag, der es auch lohnt, hier im Hause debattiert zu werden. Zweck des Kontraktes ist es, und so steht es auch in der Präambel, gemeinsam einen Rahmen für die BSAG zur Absenkung ihrer Verluste zu schaffen, die BSAG auf einen geordneten Wettbewerb im Sinne des neuen EU-Rechts vorzubereiten, und dieser Kontrakt soll die Basis bilden für die Weiterentwicklung der BSAG zu einem regionalen Mobilitätskonzern.

Die BSAG selbst begleitet diesen Kontrakt dadurch, dass sie zum Beispiel eine Unternehmenskonzeption vorlegt, dass sie, hier ist es auch erwähnt, ein so genanntes Zielnetz definiert hat. Die BSAG muss nämlich, um dieses Ziel 138 Millionen DM zu erreichen, mehr tun, als das, was sie derzeit tut. Das Zielnetz geht auch davon aus, dass es zukünftig auch neue Straßenbahnverkehre geben wird. Voraussetzungen hierfür sind natürlich, dass es technisch und betrieblich machbar ist, vor allen Dingen aber auch, dass es sich neben der betriebswirtschaftlichen Komponente, was dann die BSAG selbst interessiert, weil das ein entscheidender Beitrag auch dazu sein kann, die Betriebskosten zu senken.

Für uns als Politiker, denke ich, muss vor allen Dingen entscheidend sein, dass es sich regionalwirtschaftlich trägt, weil es nicht nur um diese Zuschüsse geht, sondern es werden ja auch noch andere Gelder in diesem Zusammenhang verbaut. Anschließen kann man auch an dem Punkt, den wir eben diskutiert haben, es muss natürlich auch immer etwas sein, was wir auch gemeinsam vermitteln.

Wir haben es erlebt beim Ausbau der Linie vier, es kann auch Widerstände geben, aber es gibt auch gute Gründe dafür, so zu verfahren. Hier wird extra auch erwähnt, dass die Linie vier nach Fertigstellung ihre Wirtschaftlichkeit auch erbringen kann. Das ist natürlich die Grundvoraussetzung, dass dann eine Bahn, damit sie ihren positiven Beitrag auch zum Betriebsergebnis bringen kann und zu den regionalwirtschaftlichen Effekten, natürlich erst einmal fertig gestellt wird. Von einem Torso allein kann man das wirklich nicht erwarten.

Es gibt noch keine endgültigen Entscheidungen darüber, wie ein Zukunftsnetz, Zielnetz 2010, auszusehen hat, aber wir als Politiker, denke ich, sind gefordert, auch unseren Beitrag dazu zu leisten, dass die Straßenbahn in die Lage versetzt wird, ihren Teil des Kontraktes einzuhalten, und wenn das Bestandteil der Konzeption ist, denke ich, müssen wir auch die Entscheidungen, die wir zu fällen haben, dann in der entsprechenden Zeit auch treffen.

Bemerkenswert finde ich die Formulierung, wie sie sich auch unter Punkt fünf wiederfindet, dass die ÖTV, aber auch der Betriebsrat das Unternehmenskonzept unterstützen und dass sie sich einig sind, dass der notwendige Anpassungsprozess an die Bedingungen des zukünftigen Marktes im Bereich öffentlicher Personennahverkehr ohne einen Beitrag der Arbeitnehmer an den Kostensenkungsmaßnahmen nicht zu schaffen sein wird.

Ich denke, diese Formulierung, unterschrieben von der Arbeitnehmervertretung, ist schon etwas ganz Besonderes, und das spricht dafür, wie diese Mitarbeiter sich, denke ich, erstens mit ihrem Unternehmen identifizieren, wie sie zweitens aber auch erkannt haben, dass die Zukunft, nämlich auch für zukünftig tariflich gut abgesicherte Arbeitsplätze, eben auch maßgeblich davon abhängig ist, wie sich alle Parteien inklusive Arbeitnehmer hier auch verhalten. Selbstverständlich ist, dass natürlich diese Zugeständnisse oder dieses Entgegenkommen der anderen Seite auch etwas abverlangt, und hier, glaube ich, dass es eine gute Maßnahme war, dass im Gegenzug eben durch flankierende Maßnahmen die Sicherung der Arbeitsplätze garantiert werden konnte. Dies gilt bis zum Jahr 2009.

<sup>1)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich denke, dieser ganze Prozess ist ein Geben und Nehmen, und auch der Zeithorizont bis 2009 zeigt eigentlich, dass das ein langer Umsteuerungsprozess wird, und alle Partner sind darauf angewiesen, dass man während dieser Zeit auch fair miteinander umgeht und dass man vor allen Dingen gemeinsam das Ziel vor Augen hat. Ich glaube, dass das mit diesen beiden Teilen des Kontraktes an dieser Stelle auch ganz offen gezeigt wird. Wir sind auf jeden Fall zuversichtlich, dass das Ziel zu erreichen ist.

Wir als Politiker sind gefordert, das Unternehmen dabei zu unterstützen mit allen unseren Möglichkeiten, und ich würde mir wünschen, dass wir mehrere derart präzise Konzeptionen, also wirklich Visionen für die Zukunft auch in Betrieben entwickeln könnten, die wir immer noch als Eigenbetriebe haben. Ich glaube, das würde uns in vielen Bereichen ein ganzes Stück voranbringen. Hier, denke ich, hat die BSAG ihre Hausaufgaben gemacht, wir sind gefordert, sie zu unterstützen, und wir sind optimistisch, dass wir das Ziel, das hier genannt ist, auch erreichen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen ist viele Jahre lang öffentlich und auch von Politikern gern als Dorf mit Straßenbahn bezeichnet worden. Die Zeit ist vorbei, dass wir uns heute noch als Dorf bezeichnen würden, aber immerhin verweist diese Etikettierung als Dorf mit Straßenbahn auf die wichtige Rolle, die die Straßenbahn in der Geschichte dieser Stadt und für die Bevölkerung gespielt hat, dass sie quasi viele Jahre, bis weit in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein, das entscheidende Verkehrsmittel in dieser Stadt war.

Als ich 1971 nach Bremen kam, führen jährlich über hundert Millionen Menschen in dieser Stadt mit der Straßenbahn, heute dümpelt diese Zahl eher durchschnittlich zwischen 92 und 94 Millionen im Jahr. Das sagt deutlich schon, dass die Bedeutung der Straßenbahn als Verkehrsmittel in dieser Stadt über viele Jahre abgenommen hat. Ich kann das ja auch im Haus sehen. Die Beteiligung an Diskussionen über die Straßenbahn ist ja nun nicht so toll, und das ist ja auch keine so begeisterungsfähige Debatte, weil die meisten von

uns doch eher Individualverkehrsmittel, sei es Auto oder Fahrrad, benutzen und nicht den öffentlichen Personennahverkehr, Frau Wischer ist eine Ausnahme.

Dennoch ist es deshalb unbemerkt geblieben, dass sich die Rolle der Straßenbahn und die Position des öffentlichen Personennahverkehrs in den letzten Jahren deutlich geändert hat. Erst einmal erlebt die Straßenbahn europaweit eine Renaissance, eine Wiedergeburt. Wer durch europäische Städte, in Frankreich zum Beispiel, fährt, die Baudeputation hat sich das in Straßburg angesehen, aber auch wer in deutsche Großstädte fährt und in deutsche mittlere Großstädte wie Kassel, Karlsruhe, Saarbrücken, Erfurt, Gera, Karl-Marx-Stadt, überall wird man sehen, dass die Straßenbahn - -

(Heiterkeit - Abg. Pflugradt [CDU]: Das gibt es schon lange nicht mehr! Über zehn Jahre!)

Ja, Entschuldigung, Chemnitz, gemerkt! So, jetzt können Sie sich wieder beruhigen, ich glaube, es ist niemand im Hause, der glaubt, dass ich irgendetwas mit der Vorgängerpartei der PDS zu tun gehabt habe.

(Heiterkeit - Abg. Pflugradt [CDU]: Was die Gegenwart betrifft, können wir dem zustimmen, aber was die Vergangenheit betrifft?)

Also, die Straßenbahn erlebt eine Renaissance, und sie erlebt eine Renaissance natürlich aus verkehrspolitischen Gründen, weil die modernen Straßenbahnen, ich sage wohlgerne die modernen Straßenbahnen, in den meisten Städten mit einer ganz anderen Geschwindigkeit, mit einem anderen Komfort als früher und auch mit einer Ausweitung des Netzes tatsächlich geeignet sind, die Verkehrsbedürfnisse auch vieler Individuen im Berufsverkehr, im Freizeitverkehr, im Alltagsverkehr, im Einkaufsverkehr zu decken, wenn sie nur gut genug ausgebaut sind.

Der zweite Punkt ist aber unter unserem Gesichtspunkt heute sehr viel wichtiger, dass auch im europäischen Rechtsgefüge der öffentliche Personennahverkehr und insbesondere auch der Schienenverkehr, die Straßenbahn wie die Eisenbahn, eine neue Rolle bekommen. Auch die Verkehrsunternehmen, die in vielen europäischen Städten kommunal, städtisch sind, dürfen sich künftig dem Wettbewerb nicht mehr entziehen. Im Verkehrsmarkt, wie die EU das nennt, gilt der Wettbewerb, und das heißt letztlich, noch nicht heute, aber in absehbarer Zeit, in den nächsten Jahren, dass der Staat, die Städte die Verkehrsunternehmen nicht mehr subventionieren dürfen, was sie ja heute tun. Das ist eigentlich der Kern der Auseinandersetzung, wie es in den ganzen letzten Jahren um

<sup>1)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

den öffentlichen Personennahverkehr gegangen ist.

In Bremen hat die Auseinandersetzung in der letzten Legislaturperiode begonnen. Ich darf erinnern, auch wenn Sie es vielleicht quält, dass Bündnis 90/Die Grünen verschiedentlich Anträge und Diskussionsbeiträge dazu gebracht hat, dass es aber noch vor vier, fünf Jahren weitgehend unmöglich war, innerhalb der Bremer Straßenbahn AG diesen Diskussionsprozess ernsthaft voranzutreiben. Ich sage das hier nur, das ist keine Anekdote, als die Bundestagswahlen 1998 beendet waren und eine rotgrüne Koalition in Bonn gerade einmal frisch geschlossen war, war das Allererste, dass ein Vorstandsmitglied der Bremer Straßenbahn AG mich zu einem Gespräch gebeten hat und gesagt hat, jetzt müssen wir aber alles tun, damit wir gemeinsam mit Bonn diesen Wettbewerb verhindern. Damals war der Umzug nach Berlin noch nicht abgeschlossen für die Ministerien, damit nicht jetzt gleich wieder ein Zwischenruf kommt!

Mittlerweile ist diese Frage anders diskutiert worden in der Straßenbahn, und jetzt mache ich einmal ausnahmsweise auch ein Kompliment an den Senat. Der Senat hat, nachdem er im Jahr 1999 neu gebildet wurde, im Wesentlichen auch von den alten Fraktionen, aber personell neu zusammengesetzt wurde, wesentlich unter dem Druck der Finanzen der Stadt, aber dieses Problem jetzt wirklich als ernsthaftes Problem angesehen, und das hat dazu geführt, dass auch im Betrieb, in der Straßenbahn AG die Frage der Zukunft des Unternehmens neu behandelt worden ist.

Heute haben wir das Ergebnis vorliegen, das ist dieser Kontrakt, der hier vorliegt, und ich kann ja nicht anders, weil ich auch für den Senat im Aufsichtsrat der Straßenbahn bin und dort dem zugestimmt habe, als zu sagen, dieser Kontrakt ist in Ordnung. Er ist aber nur der erste Schritt auf dem weiteren Weg der Straßenbahn, und zwar der erste Schritt in zweifacher Hinsicht, erstens, dass das Unternehmen jetzt tatsächlich bereit ist, sich als Unternehmen zu begreifen, das nicht länger nur einfach am Gängelband der öffentlichen Hand geführt werden kann, sondern das selbständig als Unternehmen nach betriebswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten geleitet werden muss. Das ist gut, das hat sich in diesem Kontrakt durchgesetzt, und ich will da ausdrücklich noch einmal an das anschließen, was die Kollegin Wiedemeyer gesagt hat.

In vielen Diskussionen, auch die ich geführt habe mit den Kolleginnen und Kollegen im Unternehmen, vor allen Dingen mit dem Betriebsrat, habe ich festgestellt, dass im Kern der Betriebsrat weit-sichtiger war als manches Vorstandsmitglied, das

gern am Status quo festgehalten hätte. Es ist in der Tat einmalig, dass die Belegschaft eines solchen großen Unternehmens, und dort arbeiten im Wesentlichen Arbeiter und keine relativ gut bezahlten Angestellten und Beamten und arbeiten keine Leute mit Pensionsberechtigung überwiegend, sondern es sind Arbeiter, die Bus- und Straßenbahnfahrer und diejenigen, die in Werkstätten arbeiten, sind nicht schlecht bezahlt, das kann man nicht sagen, aber sie sind nicht so bezahlt, wie die meisten von uns in den Berufen, die sie gelernt, ausgeübt haben oder auch immer noch ausüben, sich bereit erklärt, auf das, was wir gern Privilegien nennen, was für sie aber normaler Arbeitslohnbestandteil war, zu verzichten, um die Chance zu erhalten, ihr Unternehmen zu sichern, und nicht nur ihr Unternehmen, sondern auch die Einstellungsmöglichkeiten für künftige Beschäftigte.

Hier geht es nämlich nicht nur darum, wie im öffentlichen Dienst einfach einen Einstellungsstopp einzuführen, und es kommt niemand mehr, sondern die Straßenbahn bildet aus und stellt auch regelmäßig neue Mitarbeiter ein. Das ist, glaube ich, bei einem solch anstrengenden und stressigen Beruf wie dem des Bus- und Straßenbahnfahrers auch kaum anders möglich. Es ist kein Beruf, den man normalerweise bis zum Rentenalter, dem 65. Lebensjahr, ausübt. Deshalb will ich das hier auch noch einmal ausdrücklich sagen: Es ist ziemlich einmalig, dass eine Belegschaft das so akzeptiert hat, nicht ohne ein bisschen Druck von außen und unter den gegebenen Verhältnissen, aber es ist so. Das macht den Kontrakt aus!

Ich habe aber gesagt, das ist nur der erste Schritt, denn das wirkliche Problem ist damit noch nicht gelöst. Dieses Unternehmen Bremer Straßenbahn, das heute noch von der Stadt gesteuert wird und das heute an dem Zuschussband des Verlustausgleichs hängt, muss tatsächlich als Unternehmen im Wettbewerb arbeiten können. Deshalb möchte ich noch einmal dringend den Senat auffordern, nicht nur das Unternehmen als eines zu betrachten, bei dem man Geld sparen will, sondern auch als ein Unternehmen, das als Unternehmen selbständig arbeiten kann. Dazu gehört, dass die Bremer Straßenbahn AG die Chance hat, auch neue Investitionen vorzunehmen. Was wir jetzt sparen, das würde im Haushalt weitgehend auf der konsumtiven Seite sein. So würden wir jetzt hier reden. Über die Investitionsseite ist nur andeutungsweise gesprochen worden.

Wenn dieses Unternehmen eine Chance im Wettbewerb haben will, dann braucht es regelmäßig neue Fahrzeuge, dann muss es die Chance haben, sein Liniennetz auszuweiten, um im Wettbewerb um neue Trassen - wir haben hier ja über die

Regionalstadtbahn diskutiert - auch wirklich mit- halten zu können. Das ist die Seite, die die Politik gewährleisten muss, dafür sind wir da. Wir müssen auch sicherstellen - wir verlangen es heute von der Straßenbahn und von jedem Wettbewerber -, dass sie tatsächlich die Leistungen, die die Bürger dieser Stadt vom öffentlichen Personen- nahverkehr erwarten und die wir als Politiker auch wirklich wollen, weil es ein sinnvolles, umwelt- freundliches Massenverkehrsmittel ist, auch ein- setzen.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt hier kein weiteres großes Bekenntnis zur Straßenbahn ab- legen. Sie kennen meine Sympathien für dieses Verkehrsmittel. Auch meiner eigenen Fraktion geht das manchmal auf die Nerven. Ich rede jetzt hier als Politiker, nicht als Aufsichtsratsmitglied der Straßenbahn. Als Politiker ist es mir wichtig, dass es die Straßenbahn als Verkehrsmittel gibt, wer sie auch fährt. Als Aufsichtsratsmitglied der BSAG - und über diese reden wir heute - möchte ich gern, dass die BSAG imstande ist, auch im Jahr 2010 und 2020 noch hier zu fahren und dass hier nicht englische, schwedische oder französi- sche Billigcarrier statt der Straßenbahn fahren. Ich glaube, das wäre für Bremische Arbeitsplätze und für die Bremische Bevölkerung gut.

Wenn dieser Kontrakt dazu beiträgt, dass dieses Ziel erreicht wird und dass der Senat auch seine Seite wahrnimmt, die eben nicht nur heißt, auf die Zuschussreduzierung zu achten, sondern auch, das Unternehmen wettbewerbs-, konkurrenz- und marktfähig in der EU zu machen, dann sind wir ei- nen guten Schritt vorangekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Da- men und Herren! Ich sage das einmal so allge- mein: Es ist schon manchmal schön, wenn sich Personen an die Spitze einer Bewegung setzen, für die sie unheimlich viel getan haben. Daran ha- be ich gedacht, als ich mir die Abfolge der Beiträ- ge hier angehört habe.

Ich will noch einmal sagen, wenn die Planungen so gelaufen wären, wie das bis 1995 geplant wor- den war, dann hätten wir im Jahr 2001 nicht einen Verlust von 170 Millionen DM, sondern von 200 Millionen DM gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir allein diese 30 Millionen DM im letzten Jahr eingespart haben, ist die Politik dessen ge-

wesen, was in den letzten vier Jahren gemacht worden ist! Wo kommen wir denn her? Das muss man doch immer wieder fragen! Zwanzig Jahre lang ist kein Meter Straßenbahngleis gebaut wor- den. Wir hatten alte Fahrzeuge, die 30 Jahre alt und älter waren. Wir haben ein riesiges Beschaf- fungsprogramm durchgeführt, weil die Unterhal- tungskosten so in die Höhe geschossen sind. Deswegen, Herr Mützelburg, das wissen wir bei- de, zahlen wir von den 170 Millionen DM, die wir als Verlustausgleich tätigen müssen, fast 50 Milli- onen DM an Zinsen für diese Fahrzeuge

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war schon einmal mehr!)

- das war schon einmal mehr, da haben Sie völlig Recht! -, weil zehn beziehungsweise 20 Jahre vor- her Fahrzeuge viel zu spät angeschafft worden sind, weil es in der Fahrzeugbeschaffung Unter- lassungen gab. Wenn wir vor 20 Jahren eine ver- nünftige ÖPNV-Politik gemacht hätten, könnten wir schon heute 70 bis 80 Millionen DM sparen.

Darüber hinaus haben wir ein Unternehmen, von dem wir gemeinsam wissen, wo das Personal ist. Ich habe das in früheren Debatten schon mehr- fach hier erwähnt. Wir haben eine betriebliche Leistung, die 30 Jahre lang gleich geblieben ist. Kein Meter zusätzliches Gleis ist bis 1995 einge- weiht worden!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wir hätten die Linie vier früher bauen sollen!)

Wir haben in dem Bereich nichts getan. Wir haben eine Mitarbeiterzahl, andere Unternehmen, bei- spielsweise in Karlsruhe, Hannover kann ich auch nennen, haben in ÖPNV-Projekte investiert, ha- ben deswegen auch Fahrgastzuwächse und Fahr- geldeinnahmen gehabt, und sie haben trotzdem die Mitarbeiterzahl nicht so ausgeweitet, wie das hier bis 1996 gemacht worden ist. Deswegen hat- ten wir zwischen Ertrag und Mitarbeiterzahl das schlechteste Verhältnis aller Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Wer hat denn auf den Schienen gesessen?)

Sie geben mir das nächste Stichwort! Dann hat es 1968 diese Demonstrationen gegeben

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

mit der Folge, dass hier Jahrzehnte lang die Tarife nicht angehoben worden sind.

(Widerspruch bei der SPD)

Frau Wiedemeyer, erzählen Sie doch einmal Ihren Kollegen, was bei der Untersuchung, die der Aufsichtsrat im Mai gemacht hat, herausgekommen ist! Wenn Sie den Durchschnitt der Monatskarte in der Bundesrepublik Deutschland nehmen, dann liegt der bei 93 DM. In Bremen liegt er bei 68 DM. Das bedeutet, dass wir die Fahrpreise mit Millionen-DM-Beträgen wegen unterlassener Fahrpreiserhöhungen aus der Staatskasse bezuschussen müssen. Diese Defizite sind Defizite, die wir abarbeiten müssen, weil in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine falsche ÖPNV-Politik betrieben worden ist. Ich füge hinzu, wenn ich an das ÖPNV-Konzept 1988 denke, da ging es nur darum, Straßenbahnschienen hochzulegen, Schraffuren zu machen und den Individualverkehr zu behindern. Das war auch die Politik des Vorstands der BSAG. Gott sei Dank hat sich diese Politik geändert! Der jetzige Vorstand, jedenfalls die Mehrheit dieses jetzigen Vorstandes, macht diese Politik nicht mehr und sieht das nicht mehr so.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich - das ist der eine Grund, wenn wir solche Defizite hier abbauen müssen, das ist ja die Begründung, Frau Wiedemeyer und Herr Mützelburg haben das angesprochen, der zweite Grund ist der Wettbewerb -, wenn man aber solche Hinterlassenschaften hat, dann wird es noch viel schwerer, das Problem in den Griff zu bekommen, gerade wenn es den Wettbewerb gibt, und den wird es wegen der EU geben. Deswegen, das muss ich sagen, möchte ich denjenigen danken, die in erster Linie daran mitgewirkt und das verabredet haben. Das sind der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Dannemann und Staatsrat Logemann mit den Betriebsräten und den anderen Staatsräten.

Ich möchte doch einmal ausdrücklich erwähnen, sie sind diejenigen, die diesen Kontrakt zustande gebracht haben. Das ist ein ganz schwieriges Unternehmen, denn wenn man von oben kommt und mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zusammenarbeiten will, damit es keine Entlassungen gibt, aber man muss trotzdem das Problem bewältigen, und es dann so zustande bekommt, dann, glaube ich, ist es ein gutes Werk, das hier zustande gekommen ist. Deswegen möchte ich mich bei denen, die ich genannt habe, ausdrücklich und sehr herzlich dafür bedanken!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich füge allerdings hinzu, das haben ja auch die Kollegen, die ebenfalls Mitglieder des Aufsichtsrats sind, hier angesprochen, dass wir noch lange nicht über den Berg sind, dass wir noch viel tun

müssen und auch viel tun können. Ich möchte nur sagen und hoffen, dass alle Beteiligten dafür sorgen, dass das auch so gemacht wird.

Ich möchte die Senatorin, die hier nur Lob verteilt hat, noch einmal daran erinnern - wir haben das in der Baudeputation schon mehrfach besprochen -, ein wichtiger Bestandteil dieser ganzen Thematik, das haben wir in der letzten Aufsichtsratsitzung und das habe ich in der letzten Baudeputation angesprochen, damit die Zielzahlen auch erreicht werden können, sind die Lichtsteuersignalanlagen. Dieses Fünfjahresprogramm, das zu erheblichen Zeitverzögerungen geführt hat, wir haben mehrfach darüber geredet, soll in den Griff bekommen werden. Dies ist leider nach wie vor nicht so! Wenn das Programm so realisiert wird, wie es angestrebt wird, dann kann man Straßenbahnen einsparen, Umlaufzeiten reduzieren und Fahrpersonal einsparen. Das ist nur möglich, wenn dieses Lichtsteuersignalanlagenprogramm auch fristgemäß umgesetzt wird, wie es in der Baudeputation beraten und beschlossen wurde. Wir sind leider im Zeitverzug. Ich möchte die Bausenatorin daran ausdrücklich erinnern und bitten, hier Druck zu machen, damit dieses Ziel auch erreicht werden kann.

Das Zielnetz 2010 ist hier angesprochen worden. Ich will noch einmal ausdrücklich erwähnen, als wir hier 1988/89 über das ÖPNV-Konzept diskutiert haben und die CDU damals vorgeschlagen hat, nicht nur darüber zu reden, sondern die Menschen aus der Region abzuholen, damals ist das hier noch verteufelt worden, inzwischen macht die BSAG das. Das ist ja Gegenstand des Zielnetzes 2010. Ein herausragender Bestandteil ist die Regionalstadtbahn von Nordenham bis Bremen. Hoffentlich geht sie dann auch weiter bis Rotenburg. Dies wird inzwischen in der BSAG verstanden. Das ist inzwischen offizielle ÖPNV-Politik.

Ich kann nur sagen, es war ein harter und steiniger Weg, alle Beteiligten dazu zu bringen. Das ist geschafft, und ich finde, auf diesem Weg sollten wir weitermachen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Senators für Bau und Umwelt und des Senators für Finanzen vom 12. Juni 2001 über den Abschluss eines Kontraktes mit der BSAG Kenntnis.

**Gesundheit von Kindern und Jugendlichen:  
Umwelt und Ernährung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. September 2001  
(Drucksache 15/361 S)

Wir verbinden hiermit:

**Kinder und Jugendliche schützen - Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. September 2001  
(Drucksache 15/368 S)

und

**Gesundheit von Kindern und Jugendlichen:  
Ernährung und Bewegung**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der  
SPD und der CDU  
vom 25. September 2001  
(Drucksache 15/369 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der jetzt zur Debatte stehende Punkt müsste eigentlich aktuell auf der neuen Antragsgrundlage heißen: „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt, Ernährung und Bewegung“. Grundlage für die vorliegenden Anträge ist die Mitteilung des Senats, die wir heute Mittag in der Landtags-sitzung debattiert haben, die Mitteilung mit der Drucksachen-Nummer 15/765. Ich möchte zunächst einmal drei Anmerkungen zu der Debatte machen, die hier zu diesen Inhalten stattgefunden hat.

Als erste Anmerkung muss ich erst einmal sagen, dass mich die doch etwas verzerrte Wahrnehmung der großen Koalition, was uns Grüne betrifft, erstaunt hat. Meine Kollegin Frau Hoch hat hier nämlich das, was auch weitgehend in der Mitteilung steht, die Defizite betreffend der Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen zusammenfassend dargestellt, was Sie, Frau Hammerström, beispielsweise zu der Äußerung veranlasst hat, die Grünen würden das Elend vor sich hertreiben. Dann tut das der Senat auch! Es war im Prinzip eine sachliche und objektive Analyse und Darstellung.

Die zweite Anmerkung ist, wir Grünen hätten nichts vorzulegen. Der Punkt ist, Frau Adolf hat

das ja auch noch einmal deutlich gemacht, dass das, was sich aus den Defiziten an Konsequenzen ableitet, weitestgehend eine kommunale Aufgabe ist. Deswegen haben wir Grünen hier in der Stadtbürgerschaft den Antrag vorgelegt, das heißt, das ist ja genau das, was wir Grünen sagen und anbieten, das muss getan werden im Sinne eines auch vorsorgenden Gesundheitsschutzes für unsere Kinder und Jugendlichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass sich das natürlich auf die staatliche Ebene bezieht und dass Erziehungsberechtigte und die Kinder und Jugendlichen selbst gefragt sind, ist ja unbenommen. Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist hier ja, die staatliche Aufgabe einzufordern.

Die nächste Anmerkung bezieht sich auf die Inhalte. Zusammenfassend bleibt letztendlich, dass gesunde Umweltbedingungen, gesunde Ernährung und Bewegung Schlüsselfaktoren bei der Vermeidung von Krankheiten sind und das insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Um in der Beseitigung der Defizite, die wir hier haben, weiterzukommen, hatten wir einen Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/361 S eingereicht. Ich ziehe diesen Antrag jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück.

Wir werden dafür zwei andere Anträge zur Abstimmung stellen, und zwar einmal einen aktualisierten Antrag der Grünen, der sich auch darauf bezieht, dass in Hinsicht der PCB-Problematik in dem Hause Adolf Aktivitäten stattgefunden haben. Dieser Antrag lautet „Kinder und Jugendliche schützen - Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!“. Ergänzt wird dieser Antrag durch einen interfraktionellen Antrag „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Ernährung und Bewegung“.

Zu dem interfraktionellen Antrag: Ich will zuerst den anderen Fraktionen in diesem Hause danken. Ich freue mich, dass wir dort Gemeinsamkeiten haben und mit diesen Gemeinsamkeiten auch weiter politisch aktiv werden, insbesondere im Sinne einer gesunden Ernährung und der Beseitigung von Defiziten im Bewegungsbereich.

Zu diesem Antrag möchte ich nur zwei Anmerkungen machen. Die erste bezieht sich auf die Forderung, das aus dem Agenda-21-Prozess entstandene Projekt „Kita-Küchen der kurzen Wege“ auszuweiten. Dort ist die Situation, dass vor allen Dingen die evangelischen Kindertagesstätten mitmachen, das Projekt läuft sehr gut, es stehen städtische Kindergärten vor der Tür, die auch gern dort mitwirken wollen. Es müssen aber noch entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, ins-



besondere um auf dem virtuellen Marktplatz im Internet einkaufen zu können, um so möglichst schnell die Produkte aus der Region in den Küchen der Kindertagesstätten anbieten zu können.

Ein zweiter Punkt bezieht sich auf die leider etwas verwässerte Form, Frau Dreyer, hinsichtlich der Frage der Implementierung ökologischer Beschaffungsrichtlinien für die Küchen der Kindertagesstätten und Schulen. Hier hätten wir es gern gehabt, dass man solche Richtlinien nun endlich in Bremen einführt, stattdessen ist ein Prüfauftrag erteilt worden. Ich hoffe aber, dass der Senator für Frauen, Jugend, Gesundheit, Soziales und Arbeit mutiger ist und hier voranschreitet und ökologische Beschaffungsrichtlinien einführt. Soweit zu dem, was wir ja im Konsens verabschieden werden! Ein Prüfauftrag ist jedenfalls mehr als nichts. Vielleicht kommen wir doch noch weiter als geplant.

Dissens gibt es - ich wollte das noch einmal versuchen herauszuarbeiten - hinsichtlich unseres grünen Dringlichkeitsantrags. Es ist nicht einleuchtend, warum die große Koalition diesen Antrag nicht mittragen kann. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht „Kinder und Jugendliche schützen - Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!“, der sich vor allem auf den Problembereich der Umweltchemikalien bezieht, Beispiele sind Pestizide in Nahrungsmitteln oder eben auch die mögliche PCB-Belastung der Innenraumluft von Schulen und Kindertagesstätten. Das ist auf der einen Seite die Belastungssituation, auf der anderen Seite gibt es eben durchaus alarmierende Ergebnisse, die auch in der Mitteilung des Senats dargestellt sind, die sich nämlich auf die Frage der Entwicklung von Allergien bei Kindern und Jugendlichen beziehen. Wenn wir hier zirka ein Drittel an allergischen Erkrankungen haben, sind das wirklich alarmierende Hinweise, die es erfordern, unbedingt tätig zu werden.

Dass sich das nicht auf Bremen allein bezieht, sondern ein bundesweites Problem ist, ist unbestritten. Die Daten beziehen sich auch auf Delmenhorst und nicht auf Bremen, für Bremen haben wir nicht einmal valide Daten. Wir können aber annehmen, dass die Situation in Bremen nicht essentiell besser sein wird. Hier muss man deutlich sagen, auch wenn man im Einzelnen nicht klären kann, welche Chemikalie für die Krankheit der Verursacher ist, muss man hier tätig werden, insbesondere auch weil es neue Krankheitsbilder gibt. Es sei noch einmal auf das Krankheitsbild der vielfältigen Chemikalienüberempfindlichkeit verwiesen, abgekürzt MCS, Multiple Chemical Sensitivity, aus dem Englischen. Dies sind deutliche Hinweise, dass wir hier Handlungsbe-

darf haben und dass man da nicht tatenlos zusehen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich begrüße an der Stelle ausgesprochen, dass die Senatorin Frau Adolf tätig geworden ist und nun ein Untersuchungsprogramm und Begegnungsprogramm zur Ermittlung der PCB-Belastung von öffentlichen Gebäuden initiiert hat, das auch am 20. September von der Deputation verabschiedet wurde. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, es ist aber nur ein erster Schritt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Forderungen sind, hier eben nicht wieder kurzfristig zu handeln und dies nicht nur auf PCB zu beschränken, sondern auch andere Schadstoffe, die sich möglicherweise in der Innenraumluft von öffentlichen Gebäuden befinden, gleich mit zu untersuchen, genannt seien exemplarisch Schimmelpilze, aber auch Lindan, Dioxine und Furane. All dies sind Schadstoffe, die möglicherweise auch in der Innenluft vorhanden sind, und das sollte eben gleich mit untersucht werden.

Vielleicht hier auch noch einmal ein Zitat aus der Antwort des Senats! Ich zitiere aus der Drucksache, hier steht: „Die konsequente Sanierung der durch Feuchtigkeit und Schimmelbildung belasteten Gebäude, insbesondere Schulen, dürfte zu einer erheblichen Senkung des allergenen Potentials in vielen Innenräumen führen.“ Selbst hier steht doch die Bewertung, dass diese Belastung auch zu Allergien beiträgt, also muss sie doch auch parallel beseitigt werden. Abgesehen davon ist es hinsichtlich der Frage des optimalen Einsatzes der Ressourcen notwendig. Man kann doch nicht sagen, jetzt machen wir ein PCB-Programm, und beim nächsten Skandal machen wir dann das nächste Programm und so weiter. Das verschlingt auch unnötig Haushaltsmittel, abgesehen davon, dass es kein vorsorgender Gesundheitsschutz ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere Punkte fasse ich nur noch einmal kurz zusammen. Wir fordern auch hier, weiter in die Zukunft zu denken, nämlich ein Baustoffkataster anzulegen, aber auch Beschaffungsrichtlinien für Baustoffe einzuführen, die solche auf Gesundheits- und Umweltverträglichkeit prüfen und auch Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Es steht wortwörtlich so in der Antwort des Senats - ich zitiere jetzt nicht noch einmal, meine Zeit läuft mir davon -, die fachlich zuständige Senatorin sieht dies ebenso. Zusammengenommen ist es um so

unbegreiflicher, dass Sie diesen Teilen unseres Antrags nicht zustimmen können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus der Großen Anfrage vom Bündnis 90/Die Grünen zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die wir heute Morgen im Landtag diskutiert haben, ergeben sich die Handlungsrichtlinien, die in dem interfraktionellen Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen, noch einmal zusammengefasst sind. Wir sind sehr froh und sehr glücklich, Frau Dr. Mathes, dass wir das hier auch überfraktionell regeln konnten.

Sie haben ja bedauert, dass Sie sich nicht in allen Punkten durchgesetzt haben, aber so ist das, wenn man überfraktionell arbeitet, man betont natürlich das Verbindende und vermeidet das Trennende. Ich bin sehr froh, dass uns das gemeinsam gelungen ist, dafür an dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank!

Ich will die Debatte aus dem Landtag nicht wiederholen, meine Damen und Herren. Eines ist mir aber noch einmal wichtig zum Thema Ernährungsfragen von Kindern und Jugendlichen, ich möchte noch einmal ganz deutlich für die CDU-Fraktion feststellen, dass Ernährung natürlich zu Hause gelernt wird. Man lernt als Kind zu Hause, wie man sich ernährt, manchmal lernt man leider auch das Falsche.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, wie schwierig es ist, frühkindliche Prägungen im Erwachsenenalter abzulegen. Ich kann Ihnen davon wirklich 1000 Geschichten erzählen, weil ich unentwegt mit Ernährungsumstellungen kämpfe, manchmal erfolgreich, manchmal nicht sehr erfolgreich, und zwar nur aus Schlankheitserwägungen. Lachen Sie nur, ich weiß, es hat noch nicht geklappt, aber ich bemühe mich ja weiter!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es gibt aber natürlich auch Menschen, die ihre Ernährung später aus Krankheitsgründen umstellen müssen, zum Beispiel Diabetiker. Um zu erfahren, wie schwer das ist, reden Sie bitte mit den betroffenen Personen! Also, die Prägung, was wir essen oder was nicht,

findet zu Hause im Elternhaus statt, und da ist auch die Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir können das in den Kindergärten und Schulen durch Beratungskompetenz staatlich begleiten, die ja gerade im Ehrenamt auch angesiedelt ist. Dies wollen wir auch und drücken wir ja in unserem gemeinschaftlichen Antrag auch noch einmal aus. Allerdings können wir nicht das im Kindesalter Erlernte dann im Kindergarten oder wo auch immer korrigieren. Das wäre eine Sache, die man sich nicht vornehmen darf, denn immerhin entscheiden noch die Eltern, was in den Kochtopf kommt. Manchmal entscheiden sie es auch leider Gottes falsch, was ich für die CDU-Fraktion sehr bedauere.

Wir haben noch einmal deutlich gemacht, und das ist der Anteil der Bewegung in diesem Antrag - auch dazu haben wir heute Morgen schon diskutiert, dass Bewegung unendlich schnell in Bremen zu finden ist -, dass die Sportvereine da sind, sie machen eine phantastische Arbeit im Ehrenamt.

(Beifall bei der CDU)

Warum hier Kita, Schule und Sportvereine nicht näher rücken und miteinander arbeiten, was übrigens nicht an den Sportvereinen liegt, ist mir auch ein bisschen unverständlich. Dies haben wir in dem Antrag ja noch einmal auf den Weg gebracht und hoffen, dass das nun auch ein bisschen besser klappt.

Dann haben wir noch einmal gesagt, dass wir die Gesundheitsdienste anpassen wollen. Ich möchte noch einmal betonen, auf welchem guten Weg das Gesundheitsamt ist. Dafür ein ganz großes Kompliment an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes! Wir werden diesen Weg in der großen Koalition natürlich auch als CDU positiv begleiten, denn es ist ein guter Weg. Ich denke, wir werden gemeinsam zu einem vernünftigen Ziel kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dann noch gesagt, dass wir die Gesundheitsberichterstattung fortschreiben wollen. Dies ist auch fast eine Selbstverständlichkeit. Wir haben noch einmal Aussagen zur qualifizierten Betreuung der jungen Patienten und natürlich auch zur Zahnprophylaxe gemacht. Dies sind, denke ich, auch ganz wichtige Inhalte, und so sieht man, dass wir hier einen sehr guten Antrag auf den Weg gebracht haben.

Ganz kurz noch einmal zu Ihrem Antrag, Frau Hoch, den Sie ja für Bündnis 90/Die Grünen noch einmal eingereicht haben, in dem nun alles von Lindan, Elektrosmog, Mobilfunksendeanlagen, und ich weiß gar nicht, was noch enthalten ist! Das sind alles die Dinge, die sich hier noch nie so richtig durchgesetzt haben. Nun bringen Sie das alles mit Kindern und Jugendlichen in Verbindung und machen das an Kindergärten, und zwar ausschließlich an Kindergärten fest. Sportstätten, Kliniken und alte Leute kommen da nicht vor, als könnten sie es besser ab. Ich will also nicht im Detail darauf eingehen.

Kraftvoll und mit Freude werden wir Ihren Antrag ablehnen, und ich finde, das hat dieser Antrag von Herzen verdient. - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, das, was ich heute Morgen gesagt hatte, betraf doch schon das, was Frau Hoch sagte, weil sie alles Negative in ihre Rede packte. Wenn Sie das noch einmal nachlesen, werden Sie mir das bestätigen. Ich kann Ihnen den Vorwurf jetzt auch nicht ersparen, weil Sie eben wortwörtlich gesagt haben, man darf nicht tatenlos zusehen. Sie sagten dann zwar in einem Nebensatz, dass wir schon wieder etwas machen, aber man darf nicht tatenlos zusehen. Wir sehen auch nicht tatenlos zu! Wir hatten gerade in der Deputation die PCB-Vorlage, es wird etwas gemacht, aber nicht so, wie Sie es sich vorstellen, nämlich alles und überall.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum Sie bei diesem Thema so angefasst sind, verstehe ich nicht! Das ist ein Ausschimpfen!)

Ich weiß nicht, Sie haben doch schon mehrere Reden von mir gehört, ich hänge doch manchmal ganz da oben, und dann holen Sie mich ganz schnell wieder herunter! Ich schimpfe auch gar keinen aus, sondern ich stelle nur die Gemeinsamkeiten fest. Ich sage aber auch, dass Sie einmal sagen sollten, was gut ist, weil ich finde, das kommt in der Stadt bei Ihnen immer viel zu kurz. Sie haben eben gesagt, man darf nicht tatenlos zusehen, da kann ich Ihnen nur sagen, wir sehen auch nicht tatenlos zu, hier wird unheimlich viel gemacht, aber eben nicht flächendeckend über

die Stadt, Lindan und PCB und alles, was Sie hier aufgezählt haben.

Im Übrigen lassen Sie mich einmal einen Satz dazu sagen! Ich würde mir wirklich wünschen, wenn die Grünen, die Luftverschmutzung und Luftverpestung immer so ankreiden, auch einmal das Thema Rauchen und Passivrauchen zu ihrem Thema machen. Es gibt prozentual nirgendwo so viele Raucher, glaube ich, wie in Ihrer Fraktion. Das ist auch ein Schutz von Kindern.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn mein Kollege Martin Thomas nicht immer wie ein Verrückter gegen das Rauchen gekämpft hätte, würde doch heute immer noch in den Ausschüssen gequalmt!)

Fragen Sie einmal meine Fraktion, ich bin auch ein militanter Nichtraucher gewesen! Vielleicht braucht man ein paar mehr Leute, die immer wieder sagen, hier wird jetzt einmal nicht geraucht, weil die Nichtraucher das nämlich auch einatmen müssen!

Ich wollte nur noch kurz zu dem Antrag der Grünen sagen, weshalb wir ihn nicht mitmachen. Ich finde, es ist auch legitim. Das Gesundheitsamt forscht ja in Verdachtsfällen, das hatte ich eben schon dargestellt, nicht nur nach einem gerade in der Diskussion befindlichen Schadstoff, der irgendwo einmal wieder durch die Presse geistert, sondern sehr wohl nach einigem mehr, dazu gehören auch Schimmelpilze und alles, was Sie hier mit aufgeführt haben.

Im Rahmen einer integrierten Betrachtung müssen nämlich die gesundheitsverträglichen Verhältnisse geschaffen beziehungsweise wiederhergestellt werden. Diese Herangehensweise hat sich auch in der Vergangenheit bewährt. An einer Mammutuntersuchung, wie Sie sie hier fordern, noch festzuhalten, halten wir aus finanziellen, aber auch aus zeitlichen Erwägungen für nicht machbar.

Sie haben hier das Baustoffkataster angesprochen. Ein Baustoffkataster ist im Aufbau, die Verwaltung ist dabei. Sie haben die Messhöhe für Verkehrsimmissionen auf mindestens 1,50 Meter angesprochen. Ich glaube, das wird sehr schwierig werden, weil es da EU-Richtlinien gibt, die es, glaube ich, nicht so einfach machen, diese Höhe herabzusetzen. Sie können mich aber gern gleich noch einmal korrigieren.

Sie haben MCS, Multiple Chemical Sensitivity, angesprochen. Da haben Sie die Kleine Anfrage, ich glaube, auch da sind alle Fragen letztendlich bereits beantwortet worden. Zum Elektrosmog, den

---

<sup>1)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Sie ja wieder in Ihrem Antrag haben, haben wir gerade im letzten Monat eine Debatte gehabt. Insofern brauchen wir da auch nicht mehr - -.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Problem ist aber noch nicht gelöst!)

Nein, das Problem ist nicht gelöst! Es kann aber nicht so gelöst werden, wie Sie es - -.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Beharrlichkeit kann auch nicht schaden!)

Nein, natürlich nicht! Ich finde aber, wir haben in Bremen einen guten Weg gefunden, dieses Problem anzugehen, nicht, indem wir sagen, wir wollen nirgendwo diese Sendeanlagen haben, sondern wir haben in Bremen einen guten Weg gefunden, gemeinsam mit allen an diesem Problem beteiligten Ressorts Bau, Inneres, Arbeit und Gesundheit. Da haben wir auch gerade Standorte in der Nähe von Kindergärten ausgeschlossen, aber das machen wir gemeinsam, das machen wir in einem Stadtteil integriert.

Sie wollen doch auch mit Ihrem Handy telefonieren und nicht in ein Funkloch fallen! Das ist doch immer der Widerspruch, in dem wir uns befinden: Jeder will so etwas am Ohr haben, aber er will nicht auf seinem Nachbargebäude so eine Anlage haben. Ich finde, wir machen es da bremenweit, und da sind wir auch Vorbild für andere Kommunen, die hierher kommen und zu uns sagen, erzählt einmal, wie ihr das hier in einem Konsens quer durch die Stadt macht.

Insofern lehnen wir diesen Antrag ab, weil hierin wieder das steht, was wir vor vier Wochen besprochen und auch abgelehnt haben. Wir haben aber ja einen guten gemeinsamen Antrag gemacht. - Insofern danke ich Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

**Staatsrat Dr. Knigge:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie sich hier auf gemeinsame Positionen zu diesem wichtigen Thema verständigt haben, und möchte doch noch ein paar Bemerkungen zu einigen Stichworten machen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

Zunächst einmal zu dem Bereich der krankheitsauslösenden Umwelteinflüsse! Ich glaube, wir haben mit unserem Vorgehen in der Vergangenheit gezeigt, dass wir in der Lage sind, schnell zu reagieren, ohne in Hektik oder Panik zu verfallen. Wir

greifen Hinweise aktiv auf, gehen ihnen nach und beheben auch Missstände. Das haben wir in der Vergangenheit mit umfangreichen Programmen zur Entfernung von Asbest oder bleihaltigen Wasserleitungen auch unter Beweis gestellt.

Frau Dr. Mathes, Sie haben ja gerade darauf hingewiesen, wie wir mit dem Thema PCB umgehen. Das ist die Herangehensweise, die sich in der Vergangenheit ressortübergreifend bewährt hat, und so werden wir auch in Zukunft vorgehen. Ich glaube, es macht keinen Sinn und würde, glaube ich, auch in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck erwecken, wenn wir jetzt allen möglichen Stoffen mit einer ganz breit angelegten systematischen Untersuchung nachgehen wollten. Frau Hammerström hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ein solches Mammutprogramm nicht nur erhebliche Kosten verursachen, sondern, glaube ich, auch einen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit vermitteln würde.

(Glocke)

**Vizepräsident Ravens:** Herr Staatsrat, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Staatsrat Dr. Knigge:** Ja, bitte!

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat Dr. Knigge, ist Ihnen denn das Programm der Stadt Köln bekannt, die ja genau die Stoffe, die ich hier auch genannt habe, parallel mit untersucht?

**Staatsrat Dr. Knigge:** Mir ist das Programm bekannt, auch die Ergebnisse, die die dortige Stadträtin - Frau Christiansen heißt sie, glaube ich - vorgelegt hat. Ich wiederhole: Wir sind in der Vergangenheit mit einem sehr bewährten Verfahren mit solchen Vorgängen umgegangen, und ich finde es richtig, diese Vorgehensweise auch in der Zukunft fortzusetzen.

**Vizepräsident Ravens:** Haben Sie eine weitere Frage, Frau Abgeordnete?

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie mir zustimmen, wenn in der Tat solche Belastungen vorhanden sind, dass es auch lange im Verborgenen bleiben kann, dass Sie das nicht notwendigerweise gleich erkennen und somit die Kinder und Jugendlichen auch unnötigerweise den Belastungen dieser Stoffe ausgesetzt sind und das kein vorsorgender Gesundheitsschutz ist?

**Staatsrat Dr. Knigge:** Ja, aber wir haben uns beispielsweise beim Thema PCB doch sofort gefragt, welche Gebäude könnten denn davon betroffen sein. Wir sind nicht in alle öffentlichen Gebäude gegangen und haben gesagt, wir müssen jetzt einmal feststellen, ob hier solche Fugendichtungsmittel in der Vergangenheit eingesetzt wurden, sondern wir haben gefragt, in welchen Gebäuden und in welchen Baujahren ist eine bestimmte Bauweise, die Skelettbauweise, praktiziert worden, wo wurde verdichtet, wo wurden Fugen verdichtet, wo wurde PCB wahrscheinlich eingesetzt. Ganz systematisch nähern wir uns dann der Problemanalyse. So gehen wir vor, nicht flächendeckend über alle Schulen und Kindertagesstätten. Das macht keinen Sinn, sondern wir gehen problemadäquat konkret solchen Hinweisen nach, analysieren und helfen dann ab.

**Vizepräsident Ravens:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

**Staatsrat Dr. Knigge:** Ja, gern!

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Warum stellen Sie sich denn dann nicht gleich parallel flächendeckend bei der Begehung auch zum Beispiel die Frage, ob da nicht nur Fugenmasse verwendet worden ist, die möglicherweise PCB-haltig ist, sondern ob da vielleicht ein Boden verlegt worden ist, der mit Holzschutzmitteln gestrichen wurde, die ebenso gesundheitsgefährdend sind? Warum machen Sie das denn nicht gleich mit, wenn Sie da schon herumlaufen?

**Staatsrat Dr. Knigge:** Frau Dr. Mathes, das würde einen unglaublichen Aufwand, auch organisatorisch und finanziell, erfordern. Wir müssten dann ja alle Stoffe, die Sie hier genannt haben, aufgreifen, auch wenn überhaupt keine Hinweise dafür vorhanden sind, dass Missstände vorhanden sein könnten. Einfach einmal vorsorglich auf alles Mögliche hin eine Untersuchung durchzuführen, halten wir nicht für vernünftig.

(Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt gebe ich Ihnen doch noch einmal das Programm mit, vielleicht schauen Sie sich einmal an, wie Köln das gemacht hat!)

Gut! Ich komme noch zu den anderen Themen, gesunde Ernährung und Bewegung! Ich glaube, die Erfahrung, die wir mit einzelnen Projekten, auch gerade mit dem Agenda-21-Projekt, gemacht haben oder gerade auch mit Elternberatung oder Beratung durch das BIPS in den Kindergärten, sind ausgesprochen positiv. Ich möchte nur einmal ein paar Zahlen nennen: Das BIPS hat seit

dem Jahr 1990 die Fachberatung Ernährung in den 72 städtischen Kindertagesheimen durchgeführt und seit dem Jahr 1999 in einem zweiten Kooperationsvertrag auch 42 Kindergärten der Bremischen Evangelischen Kirche in dieses Beratungsprojekt eingebunden.

Wenn Sie die ökologischen Beschaffungsrichtlinien ansprechen, Frau Dr. Mathes, so reagieren wir auch dort in speziellen Fällen, wir haben das bei BSE ja auch konkret unter Beweis gestellt. Wir sind schon in der Lage, konkrete Empfehlungen auszusprechen, wenn es angebracht ist. Insofern werden wir auch, glaube ich, diesem Anliegen auch durch ein problemadäquates Vorgehen gerecht.

Zu dem Teil öffentlicher Gesundheitsdienst, die Leistungen erhalten: Sie wissen aus den Deputationsberatungen - Frau Hammerström und auch Frau Dreyer haben es erwähnt -, dass wir hier in einem Umstrukturierungsprozess stehen. Für uns ist es aber ganz selbstverständlich, dass hier die notwendigen, auch indikationsbezogenen Untersuchungen nicht in Frage gestellt werden. Wir wissen selbst, dass diese Untersuchungen durch das Gesundheitsamt gerade bei bestimmten Kindern aus bestimmten Stadtteilen auch in der Zukunft notwendig sein werden. Auch hier gilt aber wieder der Satz: Nicht die flächendeckende, breit angelegte, alle einbeziehende Untersuchung ist unbedingt die problemadäquate Antwort, sondern eine gezielte Untersuchung, um die Personen und die Kinder zu erreichen, die auch in der Zukunft auf solche Untersuchungen angewiesen sind. Das ist Gesundheitspolitik, wie ich sie verstehe, in Zeiten auch knapper Ressourcen die Ressourcen dort einzusetzen, wo das Problem tatsächlich auftritt und wo gesundheitspolitische Antworten auch notwendig sind.

Insgesamt möchte ich zu dem Antrag der Grünen noch einmal feststellen, dass viele Forderungen, die Sie dort erheben, von uns schon seit längerem aktiv aufgegriffen worden sind. Ich erwähne noch UMTS! Das, was wir im Zusammenhang mit der Bewerbung Bremens um eine UMTS-Pilotregion auf den Weg gebracht haben, ist, glaube ich, auch vorbildlich gewesen, dass wir bestimmte sensible Bereiche in der gemeinsamen Absprache aller Beteiligten, Wirtschaftsressort, Gesundheitsressort, Senatskanzlei, festgehalten haben. Hier haben wir unter Beweis gestellt, dass es möglich ist, UMTS-Pilotregion zu werden und gleichzeitig die Belange des vorsorgenden Gesundheitsschutzes durch den Ausschluss von sensiblen Bereichen auch zu wahren.

Insgesamt würde ich sagen, sind wir hier auf gutem Weg. Ich begrüße, dass Sie diesen Weg mit

Ihrem Antrag auch unterstützen, und wir werden diese Schritte so konsequent weitergehen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, da der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/361 S in der Debatte von den Grünen zurückgezogen worden ist, lasse ich als Erstes über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/368 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/368 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/369 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/369 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

### **Zukunft der Städtepartnerschaften**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU  
vom 11. September 2001  
(Drucksache 15/362 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 19. Februar dieses Jahres wurde Bremen im Rathaus der Preis des Botschafters der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland für die vorbildliche partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Stadt Gdansk, Danzig, verliehen. Anlass war der fünf- und zwanzigste Geburtstag dieser Partnerschaft. Im Mai waren fast 200 Bremerinnen und Bremer in Riga bei der 800-Jahr-Feier der Stadt zu Gast, auch dies in Fortführung vieler Aktivitäten der Vergangenheit. Im Juni fand in Danzig der dritte europäische Kongress über Städtepartnerschaften statt, an dem neben uns offiziellen Vertretern auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer großen Bürgerfahrt aus Bremen teilgenommen haben. Viele wissen ja, dass unser Kollege Nalazek wesentlich dazu beigetragen hat, dass diese Fahrt ein so großer Erfolg geworden ist.

(Beifall)

Ganz Bremen muss während dieser Tage in Danzig, wie man so sagt, die Ohren geklungen haben. Die Partnerschaft zwischen Bremen und Danzig wurde erneut gewürdigt und als vorbildlich herausgehoben. Die Väter dieser Partnerschaft, auf Bremer Seite Hans Koschnick, wurden dort regelrecht gefeiert. Hans Koschnick hat die Geburtsgeschichte dieser Partnerschaft ja mehrfach erzählt, und Sie kennen ihn ja, die Geschichte wurde von Mal zu Mal schöner. Ich muss gestehen, dass ich mit anderen durchaus stolz auf diese historische Aktion gewesen bin und auf den Bremer, der damals mit Unterstützung der ganzen Stadt mitten im Kalten Krieg mit dieser Städtepartnerschaft Löcher in den eisernen Vorhang geschnitten hat. Ich muss Ihnen ja jetzt nicht darstellen, welche historische Bedeutung das damals hatte.

Warum erzähle ich das zu diesem Antrag? Die Idee dieses Antrags, die Idee, dass wir hier einmal in der Bürgerschaft über die Zukunft der Städtepartnerschaften auf Grundlage eines Berichts diskutieren, entstand zwischen den Parlamentariern aller Fraktionen. Wir haben ihn ja auch gemeinsam eingebracht, denn es blieben nach Danzig ja doch Fragen, gerade weil wir mit diesen Partnerschaften mit Danzig und Riga so erfolgreich waren. Einige hatten doch den Eindruck - ich will die Gründe dafür hier jetzt gar nicht ausbreiten -, dass der Senat vielleicht nicht so ganz genau wisse, wie es weitergehen würde; gerade bei diesen his-

torisch bedeutsamen Partnerschaften, aber auch bei der Partnerschaft zu Haifa. Natürlich war auch immer die Rede davon und war uns allen bewusst, wie knapp die Mittel für diesen Zweck in den letzten Jahren geworden waren.

Die Fragen, die wir gern beantwortet haben wollen, sind: Will der Senat diese zentralen, historisch gewachsenen Partnerschaften ihrer Bedeutung entsprechend weiterführen, und wenn ja, wie, möglicherweise auch mit neuen Schwerpunkten, die sich aus der Erweiterung der Europäischen Union ergeben? Welche Erwartungen hat der Senat an die anderen existierenden Partnerschaften, bei denen es gegenwärtig keine so breite Basis gibt, man kann sagen noch nicht oder nicht mehr gibt, das ist ja unterschiedlich? Werden neue angestrebt? Es kursieren ja seit langem Namen, auch öffentlich, wie Houston in den USA oder Windhoek in Namibia.

Diese Fragen und die Antworten, die wir vom Senat nach diesem Antrag darauf erwarten, sollten uns, finde ich, auch aus dem ein wenig misslichen Zustand befreien, dass unsere Bürgermeister, wenn sie ins Ausland reisen, immer die eine oder andere Partnerschaft von der Reise mitbringen, beflügelt von den schönen Eindrücken und den freundschaftlichen Gesprächen, allerdings in der Regel ohne Vorbereitung hier in Bremen und ohne Konsens, der vorher darüber gefunden worden wäre. Dann wird auch meistens nicht viel oder gar nichts aus diesen Partnerschaften. Das ist dann besonders für die andere Seite schlimm, bei der Hoffnungen geweckt worden sind.

Als wir vergangenen Winter in dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten über die Städtepartnerschaften gesprochen haben, wurden uns auch andere Möglichkeiten oder Formen erläutert, wie man zeitlich oder sachlich eingegrenzte Verbindungen in Städtenetzwerken eingehen könne. Das hört sich immer gut an, das setzt dann auch viel Bewegung in Gang. In den Reden kommt auch ausreichend häufig das Wort Hanse vor. Über den tatsächlichen Nutzen solcher Netzwerke weiß man dann aber doch nicht immer sehr viel. Man weiß auch nicht, wie das Verhältnis zum Aufwand ist.

Wir wissen auch gar nichts darüber, in welche Richtung der Senat dabei strategisch denkt, einmal abgesehen von Zufällen, bei denen uns das mehr oder weniger erfolgreich zufällt. Welche Rolle spielen dabei die Politikfelder der Europäischen Union? Welche Rolle spielen etwa Schwerpunkte der Universität Bremen hinsichtlich der Forschungskoooperation? Strategische Ausrichtungen solcher Netzwerke kennen wir jedenfalls nicht. Wir

würden sie gern kennen lernen und diskutieren können.

Wir haben diesen Antrag hier gemeinsam eingebracht, meine Damen und Herren. Traditionell halten sich die Fraktionen öffentlich eher zurück, wenn es um die Bewertung von alten und neuen Freundschaften unserer Städte geht und um die Bewertung der Arbeit des Senats in diesem Feld. Das finde ich ja auch richtig! Dass wir heute diesen Antrag eingebracht haben, zeigt aber doch, dass wir glauben, dass wir gegenwärtig an einem Knotenpunkt der Entwicklung angekommen sind, an dem ein diplomatisch zurückhaltendes „Na ja, irgendwie weiter so!“ nicht mehr geht. Wir glauben, dass wir eine öffentliche, auch parlamentarische Erörterung brauchen, und wir gehen davon aus, dass der Bericht des Senats, den wir mit diesem Antrag erbitten, uns dafür eine gute und ausreichende Grundlage bieten wird. - Danke schön!

(Beifall)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Nalazek.

Abg. **Nalazek** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir, die SPD-Fraktion, unterstützen den gemeinsamen Antrag zum Thema „Zukunft der Städtepartnerschaften“, weil nach mehr als 25 Jahren die Partnerschaften heute insgesamt auf den Prüfstand gehören.

Meine Damen und Herren, eigentlich kennt Bremen als traditionsreiche Hafen- und Handelsstadt keine privilegierten Partner. Eine Stadt, die vom Kontakt mit Menschen und Orten in allen Kontinenten lebt, muss gleichermaßen weltoffen und tolerant sein, ohne jemanden zu bevorzugen. Aus diesem Grund unterhält Bremen sieben Städtepartnerschaften, deren Zustandekommen ein Spiegel für die politisch-historische Entwicklung der Nachkriegszeit ist. Vor 25 Jahren war es keine Selbstverständlichkeit, dass die erste Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Gdansk in der Vertragsform einer Rahmenvereinbarung mit den damaligen Fraktionen des Parlaments einstimmig beschlossen wurde. Das Gleiche gilt auch für die weiteren Städtepartnerschaftsvereinbarungen. So ist es genau folgerichtig, dass das Parlament den Senat auffordert, der Bremischen Bürgerschaft einen Bericht über die Zukunft der Städtepartnerschaften vorzulegen.

Meine Damen und Herren, viele unserer Partnerschaftsverträge bestehen schon seit den frühen siebziger Jahren und hatten seinerzeit, als man sie gründete, bekanntermaßen den Zweck, über die Grenzen hinweg, die der Krieg gezogen hatte, einen Beitrag zur Aussöhnung der Menschen in

Europa zu leisten. Dieser Absicht sind die Partnerschaften der frühen Jahre in hervorragender Weise gerecht geworden, wie viele Beispiele aus Danzig und Riga zeigen.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen ist viel von europäischer Solidarität und Integration, vom Zusammenwachsen der Menschen in Europa die Rede. Es ist, so meine ich wohl, eine unbestreitbare Tatsache, dass wir auf diesem Wege niemals so weit gekommen wären, wenn nicht unzählige engagierte Frauen und Männer, Vereine, Verbände und Organisationen die Idee der Städtepartnerschaften über Jahre hinweg mit großer Beharrlichkeit vorangetrieben hätten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hierin liegt vor allem das historische Verdienst von Städtepartnerschaften. Gleichzeitig sehe ich in der hier nur kurz umrissenen Entwicklung auch eine Ursache der gelegentlich aktuellen Krisenhaftigkeit. Einige Partnerschaften werden nicht mehr gepflegt, sondern verwaltet. Diese Situation wird durch die aktuelle Kassenlage der öffentlichen Haushalte verschärft. Trotz alledem sind Städtepartnerschaften gerade heute ebenso wichtig und bedeutend wie damals.

Meine Damen und Herren, wie die Europäische Union den Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts begegnen wird, hängt in erster Linie von den Bürgern ab. Deshalb unterstützt die Europäische Kommission eine möglichst umfassende Beteiligung der Gesellschaft an der Diskussion über die künftige Rolle der EU. Das gegenseitige Kennenlernen und die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Mitgliedsstaaten und neun Beitrittsländern erweitern nicht nur den Blickwinkel, sondern führen Europa noch stärker zusammen. Dies haben die Städtepartnerschaften in den letzten Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen. Grundlage von Städtepartnerschaften war der Wunsch vieler Bürger, auf kommunaler Ebene das Trennende zwischen den Völkern zu überwinden. Die daraus entstandene Bewegung ist deshalb so erfolgreich, weil sie immer zeitgemäß war.

Da Städtepartnerschaften eine hervorragende Grundlage für gemeinsame Vorhaben aller Art bilden, gewährt die Europäische Union seit Jahren finanzielle Hilfen für städtepartnerschaftliche Projekte. Jede Städtepartnerschaft, vor allem wenn Städte oder Kommunen aus mehr als zwei Ländern beteiligt sind, leistet einen wichtigen Beitrag zum Aufbau Europas.

Meine Damen und Herren, die Bedeutung von Städtepartnerschaften ist unstrittig. Für die Ausgestaltung und Pflege der Städtepartnerschaften ist eine andere Organisationsstruktur vonnöten. Wir müssen neue Wege gehen. Die Kommunen erlangen aufgrund von Dezentralisierungsmaßnahmen eine immer stärkere Eigenständigkeit. Hier bieten sich für Städtepartnerschaften neue Möglichkeiten. Um den Partnerschaftsverträgen neuen Schwung zu geben, fordert das Parlament vom Senat eine umfassende Aussage über die Zukunft von Städtepartnerschaften. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Vizepräsident Ravens:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Neumeyer.

Abg. **Neumeyer (CDU)**<sup>\*)</sup>: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Als weltfremden Hansestadt lebt Bremen seit Jahrhunderten vom Handel und vom Warenaustausch. Der Umgang mit anderen Kulturen ist von daher kulturelle Bereicherung und Grundlage wirtschaftlichen Lebens zugleich. Das aktive Leben von Städtepartnerschaften hilft, das Verständnis für die Partner zu wecken und zu heben und kann gleichzeitig einen wertvollen Beitrag dazu leisten, inhaltliche, materielle und geistige Hindernisse oder Unterschiede zu beseitigen. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir uns auch in diesem Parlament, egal zu welcher Zeit, immer sehr einvernehmlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben, neue Partnerschaften zu finden.

Das aber, meine Damen und Herren, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Auswahl von Städtepartnern ein Ausdruck einer politischen Orientierung sein kann, und die Partnerschaften, die Bremen hegt und pflegt, sind - vielleicht mit Ausnahme von Izmir - auch schon alle älteren Datums und im Grunde genommen alle zuzeiten der SPD-Alleinregierung in Gang gekommen. Es war durchaus eine deutliche Orientierung zu erkennen, dass es einen Schwerpunkt zu Städten in sozialistischen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes oder in deren Satellitenstaaten gegeben hat.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Kuhn lacht gerade! Eben gerade sprach er das mit anderen Worten an, nannte es „zur

---

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.



Überwindung des eisernen Vorhangs“. Man kann das alles begründen!

Es hat auch im Nachhinein dazu geführt, dass wir natürlich sehr vernünftige Austausch zu vollziehen haben. Wir können aber genauso feststellen, dass zu den traditionellen und wirtschaftlich bedeutenden Welthandelspartnern der Exportstadt Bremen wie den Hafenplätzen in den Vereinigten Staaten eben kein Kontakt gesucht wurde, und das halten wir für einen Fehler.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr wurde beispielsweise eine Partnerschaft mit der in Bremen auch heute nahezu unbekannt Stadt Corinto in Nicaragua präferiert. Nur wenige Bremer wie unser Bürgermeister Dr. Scherf hatten schon vor der Partnerschaft Kontakte mit Nicaragua. Sehr viel mehr Kontakte sind allerdings auch heute nach und mit der Städtepartnerschaft nicht entstanden. Heute dürfte niemand mehr ernsthaft bezweifeln, dass es auch noch geeignetere Partner für Bremen hätte geben können. Wie ist es ansonsten zu erklären, dass Corinto auf der offiziellen Senatsseite über die Städtepartner Bremens im Internet gar nicht mehr erwähnt wird? Das gleiche Schicksal hat übrigens Bratislava erfahren.

Nun wissen Sie alle, dass sich, ich sage, Gott sei Dank, die politische Weltlage sehr verändert hat. Der real existierende Sozialismus ist in der Motenkiste der Geschichte versunken. Auch in Bremen gehören die Zeiten sozialdemokratischer Alleinregierung, Gott sei Dank, der Vergangenheit an. Massive politische Veränderungen hat es auch in den meisten Staaten gegeben, in welchen unsere Partner beheimatet sind. Bratislava ist heute die Hauptstadt der Slowakei und Riga die Hauptstadt Lettlands.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Und Bremen ist immer noch selbständig!)

Als Bremen die Städtepartnerschaft mit diesen beiden Städten aufgenommen hatte, waren sie Städte der ehemaligen UdSSR beziehungsweise der ehemaligen CSSR. Auch in Corinto und in Danzig haben sich die Menschen von den ehemaligen Einheitsparteien mit Wahlen abgewandt. In der Senatsinformation im Internet spricht der Senat von aktiven, ich betone, aktiven Städtepartnerschaften und zählt hierzu dann doch nur noch einen eingeschränkten Kreis. Das sind die Städte Danzig, Riga, Izmir, Haifa und Dalian.

Der größte aktive Städtepartner ist die nordchinesische Metropole Dalian mit über 5,2 Millionen Einwohnern, zu welcher Bremen seit 1985 Kon-

takte pflegt. Sichtbar aktiv ist diese Partnerschaft für Bremen aber weder im gesellschaftlichen noch im kulturellen und auch nicht im wirtschaftlichen Leben. Das, meine Damen und Herren, ist insofern sehr bedauerlich, als dass Bremen damit eben nicht Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung, an der wirtschaftlichen Dynamik, an der Erhöhung der Außenhandelsquote mit der Volksrepublik China in den letzten zehn Jahren teilhaben konnte. Ich denke, dass der Senat bei der Beantwortung unseres gemeinsamen Antrages und den sich hieraus ableitenden Fragestellungen sicherlich auch gerade in Bezug auf diese Partnerschaft über die zukünftig hiermit verfolgten Ziele Auskunft geben sollte.

Die jüngste Städtepartnerschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, verbindet Bremen mit der türkischen Hafenstadt Izmir, die mit 1,7 Millionen Einwohnern ein prosperierendes Wirtschaftszentrum in der Türkei darstellt. Erst seit 1995 ist Bremen formell mit Izmir verbunden. Leider hat sich der Senat sehr lange sehr schwer mit dieser Partnerschaft getan. Es ist letztlich uns Parlamentariern zu verdanken, dass die Partnerschaft mit Izmir gelingen konnte. Hierzu haben insbesondere die ehemalige SPD-Kollegin Barbara Klöpfer, die ehemalige CDU-Kollegin Ulrike Schreiber und nicht zuletzt natürlich auch Parlamentspräsident Reinhard Metz beigetragen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Partnerschaft ist natürlich auch ein Signal an die über 30.000 Menschen türkischer Herkunft, die hier bei uns in Bremen wohnen.

Mit der drittgrößten Stadt Israels, dem Hafenstandort Haifa, verbindet Bremen seit 1988 eine so genannte Rahmenvereinbarung. Tatsächlich gibt es intensive Kontakte zu Haifa allerdings schon seit den siebziger Jahren über die Stiftung Kulturfonds Haifa. Mit Haifa verbinden Bremen vielfältige wirtschaftliche Kontakte, insbesondere aber auch kulturelle Kontakte. Erfreulich ist, dass Bremen auch im Stadtbild Haifas durch einen aktiven Beitrag zur Revitalisierung der so genannten German Colony präsent ist. Begegnungen von Menschen aus Haifa und Bremen bedeuten auch immer ein bewusstes Auseinandersetzen mit der deutschen Geschichte. Gerade die alten Menschen in Haifa nehmen sehr dankbar an, dass wir eben nicht vergessen.

Mit Riga verbindet Bremen eine über Jahrhunderte gewachsene gemeinsame Geschichte in der Hanse, und Bremen hat schon bei der Stadtgründung Rigas vor 800 Jahren eine aktive Rolle gespielt. Eine formelle Partnerschaft der Neuzeit besteht seit 1985. Erfreulich ist, dass sich die Part-

nerschaft nicht nur auf die Reisetätigkeit von Politikergruppen reduziert, sondern dass es einen Austausch von Experten im öffentlichen Dienst gibt und dass Schüleraustausche und insbesondere vielfältige Sportkontakte bestehen. Sehr erfreulich ist auch die Tatsache, dass sich Bremer Kaufleute und Architekten bei der Wiederherstellung der historischen Innenstadt Rigas inklusive des bedeutsamen Schwarzhäupter-Hauses verdient gemacht haben.

Die älteste Städtepartnerschaft ist die eben bereits mehrfach erwähnte mit der Stadt Danzig. Die Partnerschaft besteht bereits seit 25 Jahren. Auch mit dieser Hafenstadt verbindet Bremen eine über Jahrhunderte gewachsene, sehr enge Beziehung, nicht zuletzt über eine gemeinsame Vergangenheit in der Hanse.

Heute ist diese Städtepartnerschaft wahrscheinlich die lebhafteste und lebendigste mit unzähligen Austauschen in nahezu allen Lebensbereichen. Es gibt unter anderem Austausche von Fachleuten aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Kultur, Fremdenverkehr, es bestehen aber auch vielfältige Sport- und Jugendkontakte. In der Tat ist der Kollege Rainer Nalazek sowohl in seiner ehemaligen Eigenschaft als Landesvorsitzender der Pfadfinder, BdP, als auch als Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft hier einer der Aktivisten, dem auch hier entsprechender Dank gebührt.

(Beifall)

Bremen hat aber auch umfangreiche technische Hilfestellung geleistet zuzeiten, als es entsprechende Nachfragen gab - ob es Straßenbahnen waren, ob es ein Engagement von Einrichtungen wie der AWO war oder die Bereitschaft bei Krankenhäusern war, Hilfestellung zu leisten -, das heißt, Bremen hat diese Partnerschaft auch mit sehr viel Leben erfüllt. Die Partnerschaft ist heute in beiden Städten sehr präsent, auch in der Bevölkerung.

Meine Damen, meine Herren, wie sollen die Städtepartnerschaften Bremens nun zukünftig weiterentwickelt werden? Welches inhaltliche Konzept verfolgt der Senat bei der Ausgestaltung dieser Partnerschaften? Dies sind die Fragestellungen, die dem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen zugrunde liegen. Die CDU-Fraktion erwartet eine inhaltlich sinnvolle Konzentration, insbesondere auf die Hafenstädte Riga, Danzig, Izmir und Haifa. Hier gibt es für die jeweiligen Partner und für Bremen gute Gründe, diese Partnerschaften noch intensiver zu gestalten. Ebenso muss es möglich sein, Partnerschaften auch zu einem wie auch immer gearteten Abschluss zu bringen, wenn er-

kennbar die Partnerschaften nicht gelebt werden und auch keine Perspektive vorhanden ist, diese Partnerschaften mit sinnvoller Aktivität neu zu beleben.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands war auch klar, dass die damalige Städtepartnerschaft zu Rostock zunächst mehr Verantwortung, mehr Pflicht und mehr Nähe bedeutet hat, aber heute mit erfreulicher Normalität in Deutschland, wo man sich einfach mit zwei Städten in Deutschland trifft, auch zu einem natürlichen Abschluss dieser Städtepartnerschaft gekommen ist.

Wir erwarten, dass die vorhandenen finanziellen Mittel konzentriert werden auf den Austausch von Jugendgruppen, auf die Ermöglichung von Sportbegegnungen, auf den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch und auf die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten vorrangig mit den Hafenplätzen. Politisch hat Bremen den Auftrag, insbesondere die Partnerstädte Danzig und Riga auf ihrem Weg in die Europäische Union hilfreich zu begleiten. Hier kann an gemeinsame traditionelle Werte aus der Hansezeit angeknüpft werden, und hier können konkrete inhaltliche Beratungen bei der Ausgestaltung der Vorbereitung der EU-Osterweiterung organisiert werden.

Weiterhin sollten die Bemühungen, auch eine Städtepartnerschaft mit einer amerikanischen Hafenstadt zu realisieren, intensiviert werden. Bremen beziehungsweise Bremerhaven waren für die meisten Auswanderer in die USA die letzte Station auf dem alten Kontinent, zugleich waren Bremen und Bremerhaven für die amerikanischen Soldaten in Deutschland die erste Anlaufadresse. Bremen war amerikanische Besatzungszone und hatte das erste Konsulat der Vereinigten Staaten in Kontinentaleuropa. Die bremischen Häfen haben traditionell die Nase vorn beim Handel mit den USA, während Hamburg immer eine klare Fernorientierung hatte. Nicht zuletzt haben wir mit der IUB einen Ausdruck amerikanischen Engagements an unserem Standort, und ich denke, das erfordert auch eine Antwort.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Wir erwarten eine Konzentration und eine Vertiefung der Partnerschaften, und wir erwarten die Bereitschaft, bestehende Partnerschaften auf den Prüfstand zu stellen beziehungsweise auch die Offenheit für neue Partnerschaften, auch mit einer US-Hafenstadt. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße diese Initiative der Fraktionen sehr. Es ist auch im Interesse des Senats, dass wir so etwas wie eine Bilanzierung unserer bisherigen Erfahrungen mit den Städtepartnerschaften und vielleicht auch darüber hinaus mit unserer internationalen Arbeit machen. Ich erhoffe mir viel davon, wenn wir Ihnen das in einem Bericht zusammenfassend vortragen.

Das Hauptproblem ist, dass wir kein Geld haben. Das darf ich nicht wegdiskutieren. Wir haben einmal - ich weiß gar nicht mehr wann - den schlauen Beschluss gefasst, dass das Rathausbudget auf ein Minimum reduziert wird und das übrige Geld auf die Ressorts verteilt wird, weil sie alle so viel machen. Das hat zur Folge, dass wir nur noch 40.000 DM haben. Mit 40.000 DM können Sie keine großen Sprünge machen. Das ist ein sehr kleiner, dürrtiger Topf. Wenn wir uns alle einig werden, dass wir das vielleicht korrigieren, wäre viel für die internationale Arbeit gewonnen.

Ich will auch selbstkritisch bilanzieren: Die Partnerschaft zu Orinto ist eingegangen, da gibt es praktisch nichts mehr, was kooperiert, und die zu Bratislava wird nicht erwidert. Wir haben eine Lehrerin dorthin geschickt. Sie ist drei Jahre dort gewesen nur mit dem Auftrag herauszubekommen, ob denn unser Partnerschaftsinteresse beantwortet wird. Sie hat gesagt, es habe keinen Sinn. Sie hat da niemanden gefunden.

(Heiterkeit)

Da muss man dann irgendwann einmal sagen, das geht nicht. Man kann den Leuten ja nicht irgendetwas aufdrängen. Ich bin schon dafür, dass wir dann sagen - so, wie es eben von Ihnen ange-regt worden ist -, das hat sich jetzt ergeben, das ist zu Ende gegangen.

Ich fände es gut, wenn wir nicht nur die bilateralen Städtepartnerschaften bei dieser Gelegenheit in unsere Beratungen einbeziehen, sondern wenn wir auch darüber hinaus überlegen, wie sich eigentlich dieses kleine Land international aufstellt und was wir international mit wenig Geld machen. Es wird auch in Zukunft so sein, dass wir nicht viel Geld haben, aber trotzdem ist es eine unserer wichtigen Grundlegitimationen, dass wir eben nicht irgendeine Stadt in der Bundesrepublik sind, sondern dass wir seit unserer Gründung eine sehr ehrgeizige internationale Stadt sind. Das muss sich widerspiegeln in dem, was wir machen als Senat, als Bürgerschaft, aber auch als Stadtgesellschaft insgesamt.

Ich würde gern mit Ihnen kritisch überlegen, ob es nicht, meinetwegen auch unter Einschluss der Nordamerikaner, eine Form von Zusammenarbeit mit unseren gesellschaftlichen Gruppen, auch international verbundenen Gruppen, gibt, die vielleicht nicht immer nur duale Städtepartnerschaften bedeuten. Houston hat zum Beispiel mit Leipzig eine Städtepartnerschaft. Sie ist so, dass der Bürgermeister in Houston, als ich ihn danach fragte, nicht wusste, mit welcher deutschen Stadt er eine Partnerschaft hat. Das hatte er vergessen, obwohl er ein sehr blitzgescheiter Mann ist. Dann haben wir beide gesagt, wenn das mit der Universität klappt und da auch noch zusätzlich etwas hinzukommt, dann lasst uns doch etwas darum herumstricken. Warum stricken wir nicht um vitale internationale Projekte, die hier wirklich Leben haben, die hier richtig getragen werden, die die Menschen täglich einbeziehen, eine politische Begleitung herum, die das erleichtert, unterstützt und hilft?

Ich würde mich gern mit Ihnen darüber verständigen, ich würde gern mit Ihnen auch Auswege aus dieser finanziellen Knappheit suchen. Vielleicht schaffen wir es, so etwas wie eine anspruchsvolle internationale Aufwertung dieses Landes auch unter Einbeziehung der Bremerhavener zu machen. Als wir mit unseren Rädern nach Königsberg gekommen sind und sie uns gefragt haben, ob wir über die Städtepartnerschaft mit Bremerhaven 750 Jahre Königsberg mitfeiern, da habe ich gedacht: Wir müssen dies mit den Bremerhavenern zusammen als eine ehrgeizige und sehr schwierige Sache anpacken. So kann etwas Gutes für das Zusammenleben und Näherrücken auch gerade in diesem Teil geschaffen werden. Man darf nicht neue Gräben aufschütten, man muss die Vertriebenen finden, man muss Zugang zu den vielen Menschen finden, die aus Königsberg kommen und hier bleiben wollen, aber ihre Sehnsucht nicht vergessen. Man muss sie auch einbeziehen, das gehört alles dazu.

Ich bin dafür, dass wir das gemeinsam beratschlagen und gemeinsam kritisch versuchen zu entfalten. Vielleicht kommen wir so zu einer Sortierung unserer Aufgaben und zu einer neuen Qualität unserer internationalen Arbeit. Ich würde das gern mit Ihnen allen zusammen machen und freue mich auf diese Arbeit!

(Beifall)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/362 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

### **Entwicklung des Viertels im Bereich der Straßenzüge Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor**

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 17. September 2001  
(Drucksache 15/364 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Pflugradt.

Meine Damen und Herren, bei der Aussprache bitte ich Sie zu berücksichtigen, dass in dem Antrag unter der Ziffer 2 die Worte „für Inneres“ gestrichen werden sollen.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am kommenden Samstag wird die Umgestaltung der Kulturmeile mit der Einweihung abgeschlossen. Wir alle wissen, dass wir die Schlachte umgestaltet haben. Es gibt politische Beschlüsse, dass wir nicht nur diesen Teil umgestaltet haben wollten, sondern dass wir auch die Uferpromenade an der Weser bis zum Weserstadion hin verändern wollen, aber wir müssen in der Kernzone des Bereichs Ostertor/Steintor auch etwas tun.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen haben wir diesen Antrag hier eingebracht und sagen damit, dass wir den Senat bitten, für den Bereich Ostertor/Steintor ein Konzept zu entwickeln, wie man dieses lebendige Viertel, das ständigen Veränderungen unterworfen ist, noch weiter verbessern, lebensfähiger und auf Dauer auch erhaltenswert gestalten kann.

Wir sind nicht nur der Auffassung, dass der Straßenraum infolge der Kulturmeile auch in diesen Bereichen verändert werden muss. Wir meinen auch, dass ein Hauptproblem die Parkplatzsuche ist und wir dort versuchen sollten, bessere Lösun-

gen zu finden. Die Lösung, die einmal gefunden wurde, den Verkehr dort völlig herauszunehmen, ich glaube, es haben sich inzwischen alle damit abgefunden, dass das kein richtiger Ansatz war. Wir müssen es ermöglichen, wenn es dort Geschäfte gibt, die nicht nur eine Ausstrahlung in diesem Viertel, sondern auch eine Ausstrahlung darüber hinaus haben, dass diejenigen, die diese Geschäfte erreichen wollen, sie auch erreichen können. Das ist ein großes Problem, deswegen müssen hinsichtlich der Frage des Managements des Parkraums Überlegungen angestellt werden.

Es muss aber auch überlegt werden, inwieweit man die bestehenden Garagen, die teilweise - wenn ich an Hohenpfad denke - vermietet sind an Personen oder Firmen, die nicht in der Umgebung des Ostertorsteinwegs oder Vor dem Steintor ansässig sind, sondern anderen Bereichen zuzuordnen sind, auch für Besucher öffnen kann. Darüber hinaus muss über Lösungen nachgedacht werden, wieweit man bei der Garage am Osterdeich noch Veränderungen vornehmen kann, wieweit man zusätzliche Garagenplätze schaffen kann.

Hier sollte man daran denken, wenn man Garagen baut, sie nicht in der typischen Form zu bauen, wie wir sie kennen, sondern wenn wir solch eine Platznot haben wie in diesem Bereich, dann sollte man auch solche Garagenformen wählen, in denen man zum Beispiel wie in Barcelona Autos unterbringt. In dieser Form sollte man darüber nachdenken. Wir meinen jedenfalls, dass das ein Ansatzpunkt wäre, das Parkplatzproblem etwas in den Griff zu bekommen. Dass wir keine hundertprozentig optimale Lösung finden werden, das wissen wir auch, das hängt mit der Begrenztheit der Ressourcen zusammen.

Wir meinen allerdings auch, dass wir uns nicht nur mit den Fragen der Straßenraumgestaltung und des ruhenden Verkehrs beschäftigen sollten, sondern zum Beispiel auch mit anderen Gestaltungsfragen. In dem Bereich sind sehr viele interessante Gebäude, interessanter als zum Beispiel in der Obernstraße, wo wir ein Fassadenprogramm durchführen. Ich glaube, dass es ganz sinnvoll wäre, insbesondere im Bereich des Ostertorsteinweges auch in der Hinsicht etwas vorzusehen.

Wir sind der Auffassung, dass wir in diesen Stadtteilen etwas verändern sollten, ähnlich den Überlegungen, die es bei der Helenenstraße gibt, diese Straße und den Lüneburger und Mecklenburger Platz umzugestalten. Wir glauben, wenn wir über das Viertel oder über den Bereich Ostertorsteinweg und Vor dem Steintor nachdenken, was Ausgangspunkt der Sanierung war - das betrifft insbesondere den Ostertorsteinweg -, dass man jetzt

auch überlegen sollte, inwieweit man das, was im Rahmen der Sanierung erfolgt ist, man war gerade, was Gaststätten anbetrifft, sehr restriktiv, die im Grunde genommen nur noch Auslaufkonzessionen haben, vielleicht doch verändert und hier die alten Beschränkungen aufhebt.

Ein weiterer Punkt ist für unsere Begriffe, dass wir die Straßenreinigung, das ist nicht nur in diesem Stadtteil ein Problem, aber in diesem Stadtteil ist es ein besonderes Problem, verbessern müssen. Hier geht es auch um die Fortführung des Quartierservices, Frau Wischer hat sich da ja schon engagiert. Wir müssen uns da aber noch stärker engagieren, damit dies fortgesetzt wird.

Ein weiterer Punkt ist für uns auch, dass wir ein neues Stadtteil-Marketingkonzept entwickeln, um hier auch die Ausstrahlung, die dieses interessante Viertel hat, noch zu verbessern.

Wir unterstützen auch nachdrücklich, das bringen wir mit dem zum Ausdruck, was hier im Antrag steht, das, was der Senator für Inneres im Sommer dieses Jahres gerade im Bereich Vor dem Steintor, Ostertorsteinweg, Sielwall angeregt und initiiert hat. Das ist ja eine besondere Problemzone, hier auch die innere Sicherheit noch weiter zu verbessern. Gott sei Dank gibt es ja seit Jahren keine Krawalle mehr in diesem Bereich, keine Silvesterkrawalle. Das, was sich dort tagtäglich abspielt, bedarf noch einer stärkeren Beobachtung und Bearbeitung.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dass das Konzept, das auch mit den Betroffenen entwickelt werden soll und muss, uns im Juni nächsten Jahres vorgelegt wird und dass mitgeteilt wird, welche Dinge angelaufen und welche Dinge noch nicht angelaufen sind. Klar ist auch, dass all die Punkte, die wir hier angesprochen haben, aus verschiedenen Gründen nicht alle auf einmal gehen werden, aus finanziellen Gründen, aber auch aus technischen und sonstigen Gründen.

Wichtig ist aber, dass ein Zeichen gesetzt wird - darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig -, dass wir uns um diesen wichtigen Stadtteil kümmern, der unmittelbar in der Nähe der Innenstadt liegt, der, wenn wir die Innenstadt aufwerten, auch einer Aufwertung bedarf. Deswegen freue ich mich, dass alle Fraktionen angekündigt haben, dass sie diesem Antrag zustimmen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, um einen Satz von Herrn Böhrnsen von heute Vormittag aufzugreifen, der wird feststellen, dass in den letzten Jahren viel Geld in eine Reihe von sehr unterschiedlichen Projekten gesteckt wurde. Das sind Projekte, von denen die Grünen der Auffassung sind, dass sie sich nicht lohnen. Dazu gehört unter anderem der Space-Park.

(Widerspruch bei der SPD)

Dazu gehören auch Projekte wie die Renovierung der Innenstadt, die wir mit unterstützt haben.

Ich sage aber auch, wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird feststellen - gerade vor dem Hintergrund dessen, dass wir in dieser Stadt um die Lebensqualität ringen, dass wir sagen, wir wollen Bremerinnen und Bremer in Bremen halten -, dass es dringend erforderlich ist, dass wir unser Augenmerk sehr viel stärker als in den letzten Jahren auf die Lebensqualität in den einzelnen Stadtteilen richten, auf alle Stadtteile selbstverständlich. Insofern begrüße ich es ausdrücklich, dass wir hier heute den Anfang machen mit einem besonderen Stadtteil Bremens, dem so genannten Viertel, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kollege Pflugradt hat schon darauf hingewiesen, wir Grünen begrüßen es, dass es diesen Antrag gibt. Wir haben schon seit längerem im Beirat Östliche Vorstadt unter anderem darauf hingewiesen, dass die Probleme im Stadtteil zunehmen. Von daher muss ich allerdings auch sagen, dass ich es etwas bedauere, auch wenn der Abend schon weit fortgeschritten ist, dass hier nur Frau Senatorin Wischer sitzt, was ich sehr begrüße, weil ich glaube, dass die Probleme, die das Viertel hat - insbesondere hier noch einmal der Straßenzug Vor dem Steintor - viel mit Wirtschaftsförderung zu tun haben. Ich hätte es ausdrücklich begrüßt, wenn hier zu diesem Thema auch der Wirtschaftssenator gesessen hätte, denn es geht hier nicht in erster Linie darum, da bin ich etwas anderer Meinung als der Kollege Pflugradt, ein Fassadenprogramm oder neue Pflastersteine für das Viertel sozusagen aufzulegen, sondern die Probleme, die das Quartier hat, sind sehr viel differenzierter und tiefliegender, und dazu braucht es Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

---

<sup>1)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich möchte jetzt zu einzelnen Punkten kommen, von denen wir Grünen glauben, bei denen es dringend neue Ansätze und Lösungen geben muss und bei denen es vor allen Dingen auch Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Ressorts und sonstigen Partnern, Unternehmen, Verbänden und dem Ortsamt im Viertel geben muss.

Ich nenne als Erstes einmal den Einzelhandel, der sozusagen das Rückgrat des ganzen Quartiers ist. Es gibt in dem Straßenzug Vor dem Steintor, Ostertorsteinweg 250 Geschäfte. Diese erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von 150 Millionen DM. Meine Damen und Herren, daran sieht man schon, dass in diesem Quartier eine große Urbanität und Leistungsfähigkeit steckt, aber diese Leistungsfähigkeit droht zu kippen. Deswegen ist es notwendig, dass man hier gezielt gegensteuert, eben mit bestimmten gezielten Wirtschaftsfördermaßnahmen.

Dieser kleinteilige Einzelhandel, und es handelt sich im Straßenzug Vor dem Steintor und Ostertorsteinweg um vielfältig kleinteilige Einzelhändler, hat Probleme. Er ist vielfach inhabergeführt, das heißt, die Geschäfte haben auch Probleme, den Generationswechsel zu schaffen. Sie haben oft Probleme, eine genügend hohe Kapitaldecke zu haben, um auch Zeiten zu überstehen, in denen es ihnen wirtschaftlich nicht so gut geht. Alles dies und nicht zuletzt oft auch zu hohe Mieten führen dazu, dass die Leerstände insbesondere in dem Straßenzug Vor dem Steintor inzwischen ein bedenkliches Maß angenommen haben, so dass wir glauben, dass jetzt auch der Staat gefordert ist, hier gegenzusteuern, meine Damen und Herren.

Dieses Gegensteuern stellen wir uns zum Beispiel auch so vor, wenn man sich insbesondere für die, die es kennen, die Ecke an der Sielwallkreuzung nimmt, die ja besondere Probleme unter anderem wegen der Drogenszene hat, dass man hier sagt, hier könnte der Staat versuchen, selbst Immobilien zu erwerben, um Gestaltungsmöglichkeiten zu haben, um selbst zu sagen, wir wollen versuchen, in einem eigenen Gebäude Jungdienstleistern mit bezahlbaren Mieten die Möglichkeit zu geben, Geschäfte neu zu beleben und damit einer Abwärts-spirale in dem Steintor entgegenzuwirken.

Ein anderer Punkt, den hat Kollege Pflugradt schon aufgezeigt, ist der Müll im Viertel oder die Frage der Sauberkeit im Quartier. Meine Damen und Herren, ein Stadtteil wie das Viertel hat viele Anreizpunkte. Es gibt viele Discotheken, es gibt Gastronomien, es gibt die Kulturmeile, Theater und so weiter, viele kulturelle Aktivitäten, die jährlich wiederkommen. All diese Ereignisse bringen mehr Anwohner auch aus anderen Stadtteilen, sogar aus dem Umland. Natürlich produzieren

diese Menschen auch mehr Müll als in reinen Wohngegenden. Wir wollen diese Qualität im Viertel. Wir wollen, dass dort weiterhin das Leben pulsiert, aber der Stadtteil stößt mit dem Müll auch an seine Grenzen. Daher glaube ich, dass es sehr fatal ist, dass die Bausenatorin einen funktionierenden Quartierservice, der nämlich über die normale Stadtreinigung hinaus in der Lage war, den spezifischen Bedürfnissen des Viertels gerecht zu werden, nun ohne Not erst einmal eingestampft hat.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das stimmt ja überhaupt nicht!)

Wir hoffen, dass mit diesem gemeinsamen Antrag ein neuer Impuls geschaffen wird. Wir fordern, dass es in Zukunft einen Quartierservice gibt, der über das jetzige Maß hinaus diesen Quartierservice als ein eigenständiges Dienstleistungsunternehmen für den Stadtteil, für die Bewohnerinnen und Bewohner im Viertel richtig absichert, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiteres Problem, was den Stadtteil plagt, ist, ich habe es schon gesagt, dass zunehmend Leerstand herrscht. Wir haben gerade vor kurzem gehört, dass eine wichtige kulturelle Einrichtung wie das Moments jetzt auch seine Pforten geschlossen hat. Ein wichtiges Moment sind so genannte Ankerfunktionen im Stadtteil. Darum glauben wir, dass es richtig ist, die Konzessionssperre vor allen Dingen in dem Straßenzug Vor dem Steintor zu lockern, das heißt, dieser Stadtteil braucht neue Ankerfunktionen, braucht neues Leben.

Wir können uns vorstellen, dass es vor allen Dingen wieder eine gute Tagesgastronomie mit gehobenem Standard gibt. Wir können uns vorstellen, dass ein Café auf dem Dach des Extra-Marktes als ein weithin sichtbares Symbol für das Steintor errichtet wird. Wir können uns vorstellen, dass neue kulturelle Einrichtungen im Steintor Einzug halten. Auf jeden Fall glauben wir, dass es wichtig ist, mit einer Öffnung, einer Lockerung der Konzessionssperre wieder neues Leben in das Steintor zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen! Sicher hat es auch viel mit der Sicherheit zu tun. Ich habe schon gesagt, man kann es nicht wegreden, das Sielwalleck ist ein Problem. Gerade dort haben wir vermehrt Leerstände. Es ist problematisch für Einzelhändler, dort einen Laden zu betreiben, wo sich die Junkies aufhalten. Das sehen wir auch. Dennoch sagen wir, es ist richtig! Wir fordern eine verstärkte Polizeipräsenz an diesem

Ort. Wir sagen aber auch, diese Junkies sind da. Das Viertel lebt ein Stück weit mit ihnen, aber wir sind sehr dafür, dass einerseits gegen die Dealerszene verstärkt vorgegangen wird, aber andererseits, dass den Drogenabhängigen auch wirksam geholfen wird. Wir sind eben auch für einen weiteren Ausbau der Hilfe für die Suchtkranken in diesem Stadtteil.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies alles, ich habe es zu Beginn schon gesagt, kostet Geld, das wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Deswegen ist für uns entscheidend, und da gehen wir etwas über den Antrag von der CDU und der SPD hinaus, in dem steht, „der Senat wird aufgefordert, im nächsten Sommer zu berichten, was passiert ist“. Wir möchten eigentlich viel früher, schon Ende des Jahres, vom Senat wissen, was er denn zu tun gedenkt. Dann kann man im Sommer darüber reden, welche Erfolge zu zeitigen sind. Ich glaube, es wäre richtig, dass der Senat nun ziemlich schnell mit einem gemeinsamen, ressortübergreifenden Konzept kommt, um genau zu sagen, mit welchem Geld und welchen Maßnahmen er dieses Quartier unterstützen will zur Stärkung des kleinteiligen Einzelhandels, zur Verhinderung, dass durch Ausweisung immer neuer großflächiger Einzelhandelsgeschäfte wie zum Beispiel in der Pfalzburger Straße den kleinen Läden die eigene Konkurrenz vor die Nase gesetzt wird. Der Senat soll sagen, wie er diese Frage lösen will, ob es einen richtigen Wirtschaftsförderpool gibt, mit dem das Viertel, in erster Linie der Straßenzug Vor dem Steintor, aber auch der Ostertorsteinweg, eine langfristige Perspektive als ein urbanes und lebenswertes Quartier in Bremen hat. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)<sup>1)</sup>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, das mit dem Zeitplan haben Sie vielleicht nicht richtig verstanden, wie wir das hier aufgeschrieben haben. Bis zum 31. Dezember 2001 fordern wir ein Konzept vom Senat unter Einbeziehung der Stadtteilvertreter, das ist Punkt eins. Dann schauen wir einmal im Juni, wie weit wir gekommen sind. So ist das, glaube ich, nachvollziehbar.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist okay!)

Wir hatten heute Vormittag die Beratungen für den Haushalt 2002/2003, um unsere weiteren Anstrengungen zur Sanierung Bremens fortzuführen. Ich will jetzt nicht wieder die Diskussion Großprojekte oder nicht hier aufmachen, Frau Krusche. Es ist ja viel Geld in die Innenstadt geflossen, gerade im Zusammenhang mit dem Space-Park. So muss man es vielleicht auch einmal sehen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Bremen zu erhöhen, unternehmen wir auch in der Baupolitik verschiedenste Anstrengungen. Wir weisen neue Wohngebiete aus, damit die Leute nicht ins Umland abwandern. Wir werden auch in diesem Jahr wieder ein Wohnungsbauförderprogramm auflegen, und das Programm „Bremer bauen in Bremen“ wird fortgeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Doch es kann nicht nur heißen, Bremer bauen in Bremen, nein, es muss auch heißen, Bremer bleiben in Bremen. Deswegen müssen wir auch schauen, dass die Gegenden unserer Stadt, in denen die Mehrzahl unserer Bürgerinnen und Bürger arbeitet und lebt, lebenswert bleiben. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig.

(Beifall bei der SPD)

Das sind teilweise gewachsene, jahrhundertealte Quartiere. Auch hier in den Stadtteilen müssen wir unsere Sanierungsanstrengungen fortführen. Deswegen reden wir heute auch über das Viertel, den Straßenzug Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor, und deswegen legen wir heute auch diesen Antrag vor. Ich bin der CDU und meinem Kollegen Helmut Pflugradt auch dankbar, dass sie hier die Initiative ergriffen haben und wir heute gemeinsam diesen Antrag vorlegen können.

Wir lösen doch die dort anstehenden Probleme schließlich nur gemeinsam, und ich habe auch verstanden, dass die Grünen unserem Antrag zustimmen, und das freut mich auch besonders. Dass wir die Probleme nur gemeinsam lösen, zeigt sich letztendlich auch am Scheitern der Verkehrsberuhigung, die wir dort einmal vorhatten. Der Kompromiss war damals leider viel zu schmal. Die Erkenntnis fällt mir heute auch nicht leicht, zumal ich damals lange Politik im Beirat gemacht habe, aber es hat sich gezeigt, wenn zu wenig Leute solche Sachen unterstützen, funktioniert es nicht.

<sup>1)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

Zurück zum Stadtteil! Zuerst einmal müssen wir uns gemeinsam darüber klar werden, welche Aufgaben das Viertel innerhalb der Stadt, innerhalb des Zentrenkonzeptes zu erfüllen hat. Das gilt im Übrigen für jeden Stadtteil, für Horn-Lehe genauso wie für die Neustadt und eben auch das Viertel.

Was ist denn nun das Besondere am Viertel? Ich sehe da nicht so sehr Verwahrlosung und Verslumung, wie das manchmal durch die Presse gegangen ist. Man kann solche Sachen manchmal auch herbeireden. Ich sehe einen sehr attraktiven, lebendigen Stadtteil, in dem übrigens nach der City der meiste Umsatz in der Stadt im Einzelhandel erwirtschaftet wird. Damit das so bleibt, legen wir hier diesen Antrag vor, denn an der einen oder anderen Stelle sieht es eben nicht mehr so toll und lebendig aus, vor allem, wenn man sich den Bereich am Steintor und am Sielwalleck anschaut.

Wir fordern hier nun ein ganzes Bündel an Maßnahmen aller Ressorts, die Betonung liegt hier auf Bündel, denn eine Einzelmaßnahme für sich wird das Problem sicherlich nicht lösen.

(Beifall bei der SPD)

In Punkt zwei sprechen wir das auch direkt an. Es reicht eben nicht, allein nur auf Polizeipräsenz zu setzen, wenn es nicht gleichzeitig durch Maßnahmen der Drogenhilfe flankiert wird. Beides muss gehen.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende verdrängen wir die Junkies nur direkt in den Stadtteil. Dann sitzen sie eben nicht mehr am Sielwalleck, dann sieht es da dann ein bisschen ordentlicher aus, sondern am Spielplatz an der Liniestraße. Das ist ja auch nicht das, was wir wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Maßnahmenbündel gehören auch diese ganzen Dinge zur Attraktivitätssteigerung und Leerstandsbekämpfung, die wir in Punkt eins aufgeführt haben, Herr Pflugradt und Frau Krusche haben das im Einzelnen auch angesprochen, zum Beispiel Aufhebung der Konzessionsperre, vielleicht können dann ja Kneipen in die leeren Läden einziehen. Parkraummanagement, da muss man sicherlich unterscheiden zwischen Steintor, wo das Parkhaus Lübecker Straße immer leer steht, und Ostertor, das hat Herr Pflugradt eben auch angesprochen. Baulückenschließung und Fassadenprogramm, Straßenraumgestaltung und Wirtschaftsförderung, Frau Krusche, fordern wir im Übrigen auch, wenn Sie den Punkt zwei bis zum Ende durchlesen.

Jeder Stadtteil braucht sein eigenes Konzept, wie ich eingangs schon sagte, zum Beispiel muss im Viertel anders für Sauberkeit gesorgt werden als in Schwachhausen. Der Quartierservice spielt da unbestritten eine wichtige Rolle, und soweit ich das verstanden habe, ist der Quartierservice erst einmal gesichert. Frau Krusche, wenn Sie die Deputationsvorlage in der Baudeputation letzten Donnerstag zur sauberen Stadt gelesen haben, wird dort noch einmal ausdrücklich auf diese quartierbezogenen Sachen hingewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir sehr wünschen, dass wir das alles gemeinsam hinkriegen. Die Debatte deutet das schon an, dass wir uns in der einen oder anderen Sache vielleicht nicht so einig sind, aber im Großen und Ganzen, denke ich, bekommen wir das zusammen hin, denn diese ganz konkreten Probleme vor Ort erfordern meines Erachtens parteiübergreifendes Handeln. Dafür bedanke ich mich erst einmal im Voraus. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

**Senatorin Wischer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Krusche hat darauf hingewiesen, dass dies im Rahmen dessen, was wir ja für alle Quartiere und Stadtteile in dieser Stadt erarbeiten wollen, ein Projekt ist, nämlich dort Stadtteilzentren zu stabilisieren, zu erhalten oder eben so nachzurüsten, dass sie in der Tat wieder vital und lebensfähig sind. Das ist nach dem Schwerpunkt, der in den vergangenen Jahren auf die Innenstadt, wie ich meine, auch erfolgreich gesetzt worden ist, mit all dem, was wir jetzt entweder fertiggestellt haben oder was im Begriff ist, fertiggestellt zu werden, ein weiterer Schwerpunkt. Jetzt muss der Schwerpunkt auf Stadtteilzentren liegen, um hier so, wie Sie es auch dargestellt haben, den Menschen auch in ihren Quartieren einen Mittelpunkt und einen Bezugspunkt zu geben und den Bereich vital zu halten.

Insofern ist es auch sicher richtig zu sagen, dass, nachdem wir jetzt gerade auch so erfolgreich die Kulturmeile am nächsten Wochenende freigeben können mit einem attraktiven Entree in diesem Bereich, wir weiter über den Ostertorsteinweg hinaus und bis zum Steintor schauen müssen, um auch diesen Bereich zu verbessern oder ihn, wie Sie gesagt haben, davor zu bewahren, dass er kippt.

Ich gebe Ihnen Recht, dass gerade im Bereich der Sielwalkreuzung hier die Anzeichen dafür stehen,



dass hier Gefahr im Verzug ist. Gleichzeitig bin ich aber auch froh, dass Sie gesagt haben, dass dies ein lebendiges und vielfältiges Viertel ist. Herr Pflugradt hat es gesagt, die anderen haben es auch betont. Wir sind an dieser Stelle noch in einem Bereich, in dem tatsächlich viel Leben ist. Ich sage das mit der gebotenen Zurückhaltung, weil, und ich greife gern das auf, was Herr Pflugradt gesagt hat, was die Finanzierung anbelangt und was die Umsetzung vieler Punkte anbelangt, man wird nicht alles gleichzeitig machen können.

Meine Damen und Herren, ich finde es sehr gut, dass Sie dies als Auftrag an den Gesamtsenat verstehen. Eine ganze Reihe von Punkten, die hier angesprochen sind, und wenn ich das auf die anderen Stadtteilzentren übertragen will, ist verbunden mit viel Geld, das in der Form noch nicht ausreichend gesichert ist. Insofern, denke ich, muss man dann auch im weiteren abwägen, was wir hier tun müssen, an welchen Punkten, und wie wir in anderen Quartieren, in denen es inzwischen nicht mehr vital ist, handeln müssen.

Wo setzen wir die Schwerpunkte? Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass in diesem Bereich, und die angesprochenen Punkte, die Sie aufgeschrieben haben, müssen abgeprüft werden, einiges gemacht werden kann. Wenn ich den ersten Spiegelstrich nehme, die attraktive Neugestaltung des Straßenraumes, kann ich sagen, dass dies insbesondere im Zuge der Neuverlegung der Straßenbahngleise schon planerisch angedacht ist.

Was das Parkraummanagement und den Zubau von Parkhäusern anbelangt, denke ich, werden wir mit den vor Ort Beteiligten sicherlich noch komplizierte Diskussionen führen müssen. Man kann ja alle diese Anregungen aufnehmen. Ich höre nur, dass die Parkhäuser trotz inzwischen in den letzten Jahren verbesserter Leitsysteme nach wie vor nicht so angenommen werden, weil die Kunden an sich lieber, jedenfalls eine Vielzahl der Kunden, bis an den Laden heranfahren wollen. Insofern wird gerade im Augenblick auf Wunsch des Einzelhandels in meinem Haus überlegt, ob nicht die Ladezonen, das ist ein Wunsch aus diesem Bereich, dafür genutzt werden können, hier Kurzzeitparkplätze für Kunden einzurichten, um mehr Plätze zu haben.

Gleichzeitig höre ich aber von den Parkhausbetreibern, in dem Moment, in dem ich mehr Kurzzeitplätze einrichte, wird die Nachfrage in den Parkhäusern noch schlechter werden, und man kann die Parkhäuser eigentlich nur füllen, wenn man erstens eine genaue Überwachung der dort Parkenden macht und zweitens dort möglicherweise die bewirtschafteten Parkplätze zurück-

nimmt. Ich will nicht gegen Ihren Auftrag reden. Ich sage nur, da sind offensichtlich durchaus sich widersprechende Fragestellungen, die man aber im weiteren Verfahren bearbeiten kann.

Herr Pflugradt, auch die Schaffung eines Anreizsystems zur Aufwertung von Fassaden ist sicher ein spannender Gedanke. Sie wissen aber auch, dass es erstens nicht ohne Geld geht und zweitens, dass ein solches Programm unglaublich viel Arbeitskraft bindet. Diese Erfahrung haben wir nun gerade an der Obernstraße auch machen können. Es erfordert enorm viel Kapazitäten, um dies voranzubringen. Gleichwohl werden wir dies natürlich auch betrachten, aber dies muss auch finanziert werden. Das sind Punkte, die ich aus meiner Erfahrung weiß.

Ich denke, dass wir dies ressortübergreifend miteinander abarbeiten werden und dass wir dann im Dezember oder im Januar, Sie haben es ja bis Ende Dezember gefordert, hier über ein solches Konzept sprechen können. Wir werden uns dann verständigen müssen, in welchen zeitlichen Schritten es auch abgearbeitet werden kann, denn dazu gehört auch die Sicherstellung der Finanzierung. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/364 S unter Berücksichtigung der oben erwähnten Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro**

Mitteilung des Senats vom 14. August 2001  
(Drucksache 15/345 S)

Wir verbinden hiermit:

**Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro**

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. September 2001 (Drucksache 15/367 S)

Meine Damen und Herren, das Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro, Drucksache 15/345 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 26. Sitzung am 28. August 2001 an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/367 S seinen Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Die Sitzung der Stadtbürgerschaft ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

(Schluss der Sitzung 18.43 Uhr)